

Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Vorkosten, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Agenten und Agentinnen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Deber, G. m. b. H., Verantwortl. für Inhalt: u. Schriftföhrer Arthur Meißner, für den tofalen Teil: u. H. Meißner, für Redakteur u. Schriftföhrer Axel Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfachnummer Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 127

Donnerstag, den 4. Juni 1931

6. Jahrgang

Einig und geschlossen!

Mißbilligung der neun Disziplinbrecher mit allen gegen 16 Stimmen. — Die Reichstagsabgeordneten stimmen nicht mit. — Für die Zukunft Fraktionszwang beschlossen mit 324 gegen 62 Stimmen.

Leipzig, 3. Juni. (Eig. Draht.)

Der Parteitag beriet am Mittwoch nach den Schlussworten Reichsbes und Solmann die große politische Aussprache mit der Annahme einer Mißbilligungserklärung gegen die neun Disziplinbrecher der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und einer Billigung der Fraktionspolitik. Die Debatte wurde trotz aller Schärfe bis auf Entlassungen des Breslauer Delegierten C f e i n, der unqualifizierte Angriffe gegen den verdienstvollen preußischen Innenminister richtete, sachlich geführt. Die Hoffnungen weiter bürgerlicher Kreise, die von diesem Parteitag einen Frontwechsel der Sozialdemokratie zum Radikalismus erwarteten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die fähigen Arbeiterjugenbergs und Hillers haben Leipzig bereits am Mittwoch enttäuscht verlassen. Die Sozialdemokratie bleibt, was sie ist: die große, geschlossene deutsche Arbeiterpartei, die Hüterin der Republik und der Demokratie!

In der weiteren Aussprache zur Parteistatistik nimmt das Wort **K ä t e Kern-Berlin:**

Die Frauen, die früher unter dem Schifal der kapitalistischen Wirtschaftskrisen litten, sind von den schifflichen Schranken genau so gelöst worden, wie die neu proletarischen Mittelstandsklassen. Sie glauben, das es ein Jurid in die Vergangenheit gute alte Zeit gibt und erkennen nicht, das sie nur in den Reihen der Sozialdemokratie erfolgreich für eine bessere Zukunft kämpfen können. Es ist toll unbegrifflich, das nach den Ereignissen des Weltkriegs auch die Frauen neuer Kriegsmomente Gehör suchen. Der Parteitag muß einen Appell an alle Frauen Deutschlands richten, mit uns zu kämpfen, für Frieden, Freiheit und Gleichheit. (Beifall)

Casten-Breslau:

Der Nationalsozialismus war ein Instrument des deutschen Schwertkapitals gegen das Proletariat, die Regierung Brüning ist das andere Instrument. Die Regierung Brüning hat genau die selbstere Ziele wie der Faschismus und hat sie weitgehend erreicht. Sie regiert schwebend nach parlamentarisch-demokratisch-legal, aber der materielle Inhalt ihrer Politik ist Faschismus.

Zu Zweidrittel oder Dreidrittel ist Brüning längst totsch. Nur deshalb hat Brüning den Reichstag nicht nach Saxe geschickt und die Verfassung auch formell gebrochen, weil das Parlament sich nicht erheben, selbst die Geschäfte des Faschismus besetzt hat. Der Reichstag hat sich auf so lange Zeit ausgeschlossen, wie niemals auch in fälschlicher Zeit (große Unruhe).

Preußen gilt der Herr der Demokratie sein?

Aber aus dem preußischen Ministerium des Innern kommen lauter reaktionäre und antisozialistische Kräfte. In Preußen ist an die Stelle der Demokratie der Sparminister des preußischen Innenministers getreten, und auch er verordnet, was das Schwertkapital will (Große, anhaltende Unruhe). Am hundertsten Todestag des Freiherren von Stein wird unter einem sozialdemokratischen Innenminister in Preußen vom Wert Steins nichts mehr übrig sein. (Beifall aus der Tribüne, Applaus von den Delegierten.) Wir haben Brüning angeblich toleriert, um die preußische Koalition zu retten, aber wenn nach den Preußenwahlen die preußische Koalition nicht mehr besteht? (Zuruf: Sie sorgen für die Niederlage!) Breslau: Die Stadt der höchsten Arbeitslosigkeit ist auch die deutsche Großstadt mit der reinsten Kommunistischen Partei (Breitscheid: Ihr seid Selbstverleugung!) Ich habe von meinen Wählern den Auftrag, über Meinung Ausdruck zu verhehlen und diese Aufgabe erfüllt ich hier. (Beifall)

Wol. Lipinski: Selbstverständlich wird auf dem Parteitag keinem Delegierten das Wort entzogen, aber ich appelliere an den Vorstand des Genossen C f e i n, nicht weiter in dieser Weise den Genossen Seering angreifen, da er sich ja hier nicht entsprechend verhalten kann.

C f e i n-Breslau, fortfahrend: Ich denke nicht daran, Seering persönlich anzugehen. Mein Angriff gilt der Politik der Parteileitung. Wenn Solmann gesagt hat, der Faschismus soll dem Schwertkapital dazu dienen, die Ansprüche der Arbeiter zurückzuweisen, dann hat in dieser Richtung Brüning soviel für das Schwertkapital getan, das ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Aber was soll werden, wenn Brüning stirbt? Nach dem Tode der Regierung Brüning kommt eine Regierung Brüning. Dann werden die deutschen Schwerindustrieunternehmen durch denselben Vollzugsausschuss oder einen ähnlichen ihre Interessen weiter vertreten lassen. (Unruhe, Zuruf: Das bestimmt Du.) Aber wir werden die Hände frei haben. Der demokratische Kampf ist uns bereits von den anderen entzogen worden. Er existiert nicht mehr. Es gilt, alle Streit in einer revolutionären einschließlichen Kampfbereitschaft, in einer regenerierten Sozialdemokratie zu sammeln. (Unruhe und Appl.) Schloffer Heßel hat der Widerstand und einem Teil der Galerie)

Vorländer Lipinski: Ich stelle fest, das von den Rednern der Galerie verurteilt wird, auf den Parteitag einzutreten. Es sind zwei Möglichkeiten heranzutreten worden, das Schluß der Debatte sein möge. (Hört, hört.) Eine solche Einwirkung ist unzulässig.

Herr:

Die Rede C f e i n enthält ungeheure agitatorische Mißverständnisse, wie ich sie auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bisher nicht für möglich gehalten habe. (Stürmische Zustimmung.) Wenn von Demokratie und Parlamentarismus nichts mehr übrig geblieben ist, als der Witz 48, wie will dann C f e i n es rechtfertigen, das die einzige positive Forderung seiner Freunde das Verlangen nach Einberufung des Reichstags ist. (Sehr gut!) Wenn Zuführer sagt: Es handelte sich nicht um die Frage der Tolerierung, sondern darum, wie am besten die soziale Sicherung der Arbeiter zu erreichen ist, so ist das auch die Auffassung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Aber die Frage, was sozial für die Arbeiter geschehen kann, wird vom Stand der öffentlichen Finanzen entscheidend beeinflusst. (Sehr mehr.) Die sozialen Ausgaben sind in Deutschland von 1300 Millionen auf jetzt 8000 Mill. gestiegen. Es gibt niemanden in der Mehrheit der Reichstagsfraktion, der von dem Ergebnis unserer Arbeit befriedigt ist; aber Tatsache ist doch, das seit der Faschismus in Deutschland eine große politische Macht geworden ist, der Kapitalistischer Herrscher und brutaler geworden ist, als irgendjemand vorher. Wenn das schon der Fall ist, trotzdem wir dem Faschismus den Weg zur Macht versperren haben, wie würde die Lage der deutschen Arbeiterklasse erst sein, wenn der Faschismus in den vollkommene Besitz der politischen Macht gelangen würde! (Beifällige Zustimmung.) Darum ist heute unsere Aufgabe: Abwehr des Faschismus und Schutz der großen sozialen Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die von niemand anderen vertreten werden, als von der Sozialdemokratie. (Beifälliger anhaltender Beifall)

Ärztner-Mainz:

Es muß Aufgabe des Parteitag sein, auch zu der trostlosen Lage der Gemeindefinanzen Stellung zu nehmen. Die Sozialpolitik der Regierung Brüning bedeutet eine Ausweitung des deutschen Volkes. Dieser Politik hätte die Fraktion energischer Widerstand leisten müssen. Nach die Weggenommensektion der Regierung hatte ein ähnliches Ziel gehabt. Schiefe hat hier einen wertvollen Mitarbeiter in dem Genossen Baade gehabt. Ich bin der Meinung, das der Parteitag sehr deutlich von dem Genossen Baade abzuweichen muß. In der Bankrotverurteilung billige ich nicht die Haltung der Reim. Die Fraktion muß nach außen einheitlich auftreten (Brauo), aber ich billige die sachliche Einstellung der Reim und auch der 23, die bei der Abstimmung weggegangen sind, und dies entspricht der grundsätzlichen Stellung der Partei. Die Politik des hiesigen Reichstags verhehlen die Parteigenossen nicht, sie bedeutet nur eine Sinausführung der Entscheidung (Brauo).

F r ö l i c h -Weimar:

Die große Masse der Partei hat die Politik der Fraktion verlassen. Wie die Nazis, zur Macht gelangt, regieren würden.

Partei und Reichsregierung.

Der Parteitag nahm folgende Entscheidung an: Der Parteitag spricht den sozialdemokratischen Arbeitern aufrichtigen Dank und Anerkennung aus für den mit der Entfaltung höchster Anstrengung und mit größter Opferbereitschaft erfolgreich geführten Kampf gegen den Faschismus. In der weiteren Kraftentfaltung der Sozialdemokratie wird auch künftig die einzig sichere Gewähr für die Erhaltung der Demokratie liegen.

Die Demokratie ist die unerlässliche Grundlage für die Entfaltung der Menschheit geworden und die Erringung geliebter Freiheit.

Dieses Ringen kann aber nur zum Erfolg führen, wenn die wichtigsten Träger des neuen Staates, die arbeitenden Schichten, in ihrer Lebenshaltung, ihren Arbeitsbedingungen und in ihren sozialen Rechten ausreichend geschützt werden. Insbesondere muß die Sozialversicherung im Zeichen schwerer wirtschaftlicher Not in ihrem Bestand gesichert und in ihrer Leistung erhalten werden. Ihre Weiterentwicklung ist aber nur gewährleistet, wenn bei der bevorstehenden Sanierung des Reichshaushalts auch der Ausgleich der Gemeindefinanzen und des Etats der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung geregelt wird.

Nach den bisher bekannt gewordenen Plänen der Reichsregierung für eine bevorstehende

neue Anordnungen

sollen neue Befähigungen geschaffen werden, ohne das die neu zu erwerbenden öffentlichen Einnahmen auch nur annähernd ausreichen, um die Deckung der gemeindefinanziellen Wohlfahrtsausgaben und des Defizits der Reichsanstalt zu ermöglichen. Eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung, die statt der Erhaltung ausreichender Einnahmen die Vermehrung der Armen in ihrer fargen Lebenshaltung durch weiteren Leistungsabbau noch mehr herabdrückt, würde auf den

entschiedenen Widerstand der Sozialdemokratie

stoßen. Ebenso manbet sich der Partei gegen eine Neuordnung,

haben wir in Thüringen erlebt. Unsere Presse wird dort verboten und ohne Anzeigenerlaubnis. Die Fälschung der Gemeindefinanzen werden uns ein Viertel herabgesetzt. Die Rinderbeständen wurden am meisten durch Steuern befallen. Vorausgesetzt für den Kampf gegen den Faschismus ist, das die Parteigenossen einig nach außen zusammenstehen. Wer diese Einigkeit stört, arbeitet für den Faschismus, deshalb muß der Parteitag die Entlassung Hamburg annehmen. (Beifall)

Portune-Frankfurt a. M.:

Wir Reim fühlen uns nicht als Angelegte, auch nicht moralisch, sondern sind überzeugt, das unsere Handlung den Grundrissen der Arbeiterbewegung entsprechen hat. Die Wahlen wissen besser, was ihnen frommt als die Arbeiter. Wenn wir in der Sozialdemokratischen Partei die Demokratie hätten...

Wol. Wels: Ich kann nicht zugeben, das ein Parteidelegierter seine Rede dazu mißbraucht, die unabhäre Behauptung aufzustellen, das in der Partei keine Demokratie bestünde; das Gegenteil beweist dieser Parteitag selbst. Ein Blick in die Parteipresse vor dem Parteitag kann jedem Parteigenossen zeigen, wie weit die Demokratie in der Partei geht. Ich muß in der Beziehung Portune etwas ganz anderes erblicken als die Mißbilligung, Interessen und Einigkeit der Partei zu fördern. (Beifälliger Beifall)

Portune, fortfahrend: Die Wahlen zum Parteitag haben bewiesen, das große Arbeitermassen denken wie die Reim. Die Grundlage der Arbeiter ist ihre materielle Lage. Wenn die R.B.D. bei den nächsten Wahlen einen Auftrieb bekommt... (Zuruf: dann trägt ihr die Schuld!) — dann fürchte ich, wird auch das Gefüge der Gemeindefinanzen in Frage gestellt.

R ö h l e -Frankfurt a. M.:

Die Bemerkungen Portunes über Arbeiter und Reim treffen nicht zu. Die ausgesprochenen Führer der Opposition in Frankfurt, die keinen Erfolg der Partei anerkennen und jede Leistung verfeinern, sind nur Arbeiter. Die Haltung der Disziplinbrecher hat die Verbeachtung immer geschädigt. Der Parteitag muß klipp und klar aussprechen, das jeder der Partei sich unterzuordnen hat. Die Arbeiterklasse ist nur kampffähig, wenn auch die Führer der Demokratie unterdrückt. (Beifällige Zustimmung.) Wir können uns im preußischen Reichstag nicht dem Luxus erlauben, den sich die Reim im Reichstag gelassen haben. Sollen wir es getan, wären Braun, Seering und Grimme längst erledigt. Wir werden im nächsten preußischen Wahlkampf alle Kräfte der Arbeiterklasse dafür einsetzen, uns den Preußen-Einfluß zu erhalten und nicht zum Zurückgang der Reaktion werden zu lassen. (Stürmischer Beifall.) Ist es denn nicht nach dem Breslau gedungen, das wir ob die Preußen tatsächlich längt den Boden der Verfassung verloren hätten? Heute aber besteht dieser Boden noch und trägt uns und

die auch noch aus der Verfassung bereits ausgeleert mit einer Verschärfung der Unterhaltungsbedingungen bestraft. Nach wie vor muß niemand die Bereinigung der Kreditfälligkeit und der gemeindefinanziellen Wohlfahrtsausgaben zu einer allgemeinen Reichsanstaltslosenfrage dringend gefordert werden. Die Sozialdemokratie hat sich stets bereit erklärt, an der Sanierung der gesamten öffentlichen Finanzen mitzumachen, es sind aber nicht unüberwindliche materielle Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, sondern politische Widerstände der Reaktion, die

die Krise mihandern will zur Rückwärtsentwicklung der nachkriegszeitlichen sozialen Ertragsverhältnisse. Schon droht der kommende Winter Millionen der Opfer der Wirtschaftskrisen mit steigender Not und wachsender Verelendung, ein weiterer Abbau der Versorgung müßte sie an die Grenze der Verzweiflung treiben. Die Sozialdemokratische Partei wird in

ihre künftigen Haltung zur Reichsregierung sich dazu bestimmen lassen, das es gelingt, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern.

Nationalsozialismus und Faschismus

gegründet auf härteste die nach der Revolution unter dem Einfluß der Sozialdemokratie gewählteste politische Gleichberechtigung der Frauen.

Die Sozialdemokratie bekämpft entschieden die frauenrechtsfeindlichen Tendenzen des Faschismus. Sie bekämpft sich nach wie vor zu dem alten sozialdemokratischen Grundlag, das die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch den gemeinsamen Klassenkampf von Mann und Frau erreicht werden kann.

In Ablehnung der Tendenz des Faschismus, der die Menschheit einem neuen Böllermorden entgegenreißt, ruft die Sozialdemokratie die Frauen als Spendeninnen und Hüterinnen neuen Lebens auf, sich in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Faschismus und Kriegshege einzureihen.

unser Kampf für die Arbeiterklasse. Sorgen wir dafür, daß wir nicht diesen Boden unter den Füßen verlieren. (Beifall).

Dellinghaus-Hagen:

Wir sollen alle einig sein? Einig werden wir nie im Zurückweichen sein. Aber im schärfsten Kampf gegen die Brüning-Regierung wären wir sofort einig. Ich bin jederzeit bereit, Disziplin zu halten, wenn die Beschlässe im Einklang mit den heiligen Zielen des Sozialismus stehen, aber ich bin nicht bereit zum Rückzug vor dem Gegner gegenüber dem, was wir seit Befehlen der Partei aufschreiben befehlen. (Beifall der Arbeiter auf den Tribünen.)

Kolke-Neubrandenburg:

Ich bin weder Abgeordneter noch Parteimitglied. Aber ich muß mich doch sehr wundern, daß es Parteimitglieder gibt, die aus der Vergangenheit rein gar nichts gelernt haben. Daß führende Genossen hier auftreten, die keine Ahnung davon haben, daß die deutsche Arbeiterklasse noch nie so fanatisch umbringt war, wie heute. Selbst hat erst der 14. September die Partei dazu gebracht, die nötige Energie bei den Kampf gegen die löcherige Gesetzgebung zu entfalten. Aber die Masse sieht in diesem Kampf hinter uns und der unversöhnliche Diktatorismus der Reichsbanneeraden (Beifall der Arbeiter) läßt sie jeden Sonntag und jeden Werktag mit einem stillen trotzen Protest in der Tasche marschieren. Jede Woche, jeder Tag fordert Todesopfer aus unseren Reihen, durch das Mordbandentum des Stahlheeres und der Nationalsozialisten. Und da sollten wir nicht Hand anlegen, um die elend traурigen Justizverhältnisse endlich zu verbessern! Diese Morbort wird an den deutschen Hochschulen geschätzt. Aufzug und höhere Schulen unterminieren planmäßig den republikanischen Staat. Und da sollten Arbeiterführer nicht begreifen können, daß gelieferte Arbeiter; was ist das?

Wie harmlos stellt Ihr Euch eigentlich den Hitlerstaat vor, wenn seine Panzer und Worbanden schon jetzt in der Republik leben? Das Proletariat werden? (Sehr gut). Die Kommunisten mit ihren schändlichen Verschlingungen und Verfaulungen sind uns keine Arbeiterpartei, sondern ein Gift. Sie sind die Spalter der Gewerkschaften und aller Kulturorganisationen der Arbeiter. Sie sind die Todfeinde unserer Organisationen. — Einigkeit, Einigkeit im Kampf, Einigkeit unter allen Umständen! (Beifall der Arbeiter.)

Um 12.30 Uhr wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Das Schlußwort erhält

Rudolf Breitscheid:

Estlin kann die Rednertribüne nicht verlassen. (Heiterkeit). Auf dem Parteitag muß man wirklich das Dramatische zugunsten des Sachlichen ein wenig in den Hintergrund drängen können. Ich liebe eine Opposition in der Partei und in der Fraktion, wenn sie nicht den Eindruck erweckt, als trennen uns riesengroße weltanschauliche Gegensätze, und wenn sie wenigstens ein bißchen geschieht ist.

(Heiterkeit). Die Opposition muß ihre Sache für gut und geschickt fühlen, daß sie die Mehrheit zum Nachdenken und Nachprüfen anregt. Aber ich für eine einfache Feststellung und Erklärung, Bräning sei die Schwerindustrie, Bräning sei genau daselbe wie Hugenberg und Hitler.

Das ist doch ein bißchen unmarxistisch

(Sehr gut). Mit so trügerischen Redensarten schmückt man nur unseren Kampf gegen den Faschismus ab. (Zustimmung). Haben wir denn gar nichts für die Arbeiterklasse gerettet und erhalten? Glaubt ein Delegierter, die Notverordnung würden ebenso aussehen wie jetzt, wenn sie nie gar nicht beeinflusst hätten, wenn sie lediglich nach den Diktaten des Schwerindustrials und der Nationalisten ergangen wären. (Sehr gut). Gewiß, unser Einfluß war zwar gering, aber wenn nur die Deutsche Arbeiterpartei allein den Inhalt der Notverordnung bestimmt hätte, dann wäre von der deutschen Sozialpolitik schon lange viel weniger übrig, als heute übrig ist. (Sehr wahr).

Wer Bräning mit Hugenberg und Hitler gleichstellt

macht sich einfach lächerlich und bringt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in den Verdacht, über die wirklichen Zustände und die Machtverhältnisse des politischen Lebens nicht unterrichtet zu sein. (Beifall der Arbeiter.)

Aber Estlin fragt, was besteht denn eigentlich noch von der Reichsverfassung. Das würde selbst Estlin schon merken, wenn Hugenberg und Hitler wirklich regieren.

(Beifall der Zustimmung). Dann würde er nicht mehr so hörensweitere Parteistimmen halten können. Die Sorge um die Erhaltung der Freiheit ist die Frage, die wir uns immer gestellt haben und in Zukunft auch stellen werden.

Bräning beruft sich auf die Stellung der Masse. Wenn sich jemand auf die Masse beruft, meint er die Masse, die mit ihm einverstanden ist.

(Sehr gut). Wir wollen uns von der Masse nicht trennen. Wir wollen ihren Willen erforschen, wir wollen ihrem Willen Rechnung tragen, aber wir wollen nicht letzten Endes von ungewählten Genossen befehlen. Andernfalls wären wir Arbeiter in der Hand der Masse oder gar nicht einmal in der Hand der Masse, sondern in der Hand derer,

die über die nötige demagogische Fähigkeit verfügen, im geeigneten Augenblick die Massen mitzureißen. (Beifall der Zustimmung.)

Es ist wirklich nicht so, daß hier auf dem Parteitag oben auf der Galerie die Massen und unten im Saal die Bonzen sitzen.

Ihr Jugendlichen da oben entscheidet mit dem Gefühl. Wir müssen verstehen, Gefühl und Verstand einigermassen in Einklang zu bringen. Wir haben gar keine Angst vor dem Kapitalismus der Jugend, aber wir helfen auch eine Jugend ganz ohne Bescheidenheit nicht für sehr unangenehm. (Sehr gut). Bist du auch ruhig ein, daß Ihr alles besser wisst, aber vergeht nicht, daß uns Sozialismus und Partei durch ein ganzes Leben ans Herz gemächelt ist. Verjudet in gemeinsamer praktischer Tagesarbeit mit uns eure Aufstellung durchzuführen. (Zuruf auf der Tribüne: Dann werden wir abgehaftert!). Abgehaftert wird immer nur der, der nur das Maul aufreißt kann. Noch nie ist in der Sozialdemokratie jemand abgehaftert worden, der sachlich mitgearbeitet hat und sachlich — abgehaftert wird immer nur der, der sich abhalten läßt. (Zustimmung, Beifall der Arbeiter.) Wir wollen uns gern von den Massen befehlen lassen, aber wir haben auch die Masse aufzuklären. Wir haben alles Verständnis dafür, daß die Masse in Not und Leid nach sofortiger Hilfe strebt, aber wir haben die Pflicht, ihr zu sagen:

hier steht mehr auf dem Spiel

Ihr habt nicht das Recht, die ganze Zukunft der Arbeiterbewegung zu gefährden, selbst, wenn wir im Augenblick Opfer bringen müssen, die uns alle gleich schmerzhaft sind. (Beifall). Bräning freilich beruft sich darauf, daß er im Betriebe steht und

daß Akademiker den Willen der Masse nicht begreifen.

Inhalt der Notverordnung.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Notverordnungen sind abgeschlossen. Reichsminister Brüning und Außenminister Curtius sind in der Mittnacht nach 23.30 Uhr von Berlin nach England abgereist. Die Beratungen sind zur Unterfertigung dem Reichspräsidenten noch nicht vorgelegt worden. Es gibt noch einige Meinungsverschiedenheiten über Detailfragen. Die Differenzen über die Einführung der 40-Stundenwoche in bestimmten Industrien sind, wie verlautet, bereinigt. Die Veröffentlichung am Sonnabend erfolgen kann, ist im Augenblick noch zweifelhaft. Man rechnet mit der Möglichkeit einer Veröffentlichung bis Montag.

Ueber den Inhalt der Notverordnung

werden folgende neue Tatsachen bekannt: Der Finanzbedarf ist bei demselben auf 1240 Millionen Mark ermittelt worden, mehr als früher 100 Millionen bei Bürgern und Gemeinden kommen. Bei dem Bedarf einfließen auf Steuererlöse in der Reichshaushalt und kleinere Mehraufgaben 582 Millionen Mark, auf die Arbeitslosenversicherung 404,0 Millionen Mark und auf die Krisenfürsorge 240 Millionen Mark.

Die Deckungsmöglichkeiten der Notverordnung umfassen Ausgabenrückstellungen und Einnahmeerhöhungen. Die Ausgabenrückstellungen entfallen in eine neue Gehaltskürzung, in Erparnisse im Reichshaushalt und Erparnisse bei der Arbeitslosenversicherung. Die Gehaltskürzungen umfassen einen gestaffelten Abzug von 4—6 Prozent und eine Herabsetzung der Kinderzulage für das erste Kind um die Hälfte. Ihr finanzieller Gesamtbeitrag soll sich auf 391 Millionen Mark belaufen. Die Erparnisse im Reichshaushalt betragen 202 Millionen Mark. Davon entfallen 50 Millionen Mark auf den Kriegszuschuss und 92 Millionen Mark auf Kürzungen bei den Kriegsbefähigten durch eine 4-prozentige Kürzung der Renten und Verminderung der Renten bei den Kriegsbefähigten. Bei der Arbeitslosenversicherung sollen schließlich durch „innere Reform“ 300 Millionen Mark eingespart werden.

Diesen Gesamtbeitrag von 902 Millionen Mark stehen 1818 Millionen Mark Einnahmeerhöhung gegenüber, darunter die Einführung einer Krisensteuer für Lohnsteuerzahler und Veranlagungspflichtige in Höhe von 440 Millionen Mark, die Erhöhung der Zölle auf Mineralöle um 75 Millionen Mark, die Herabsetzung der Zundersteuer mit einem Ertrag von 110 Millionen Mark, die Rückführung zu den monatlichen Zahlungen der Unfallsteuer in Höhe von 115 Millionen Mark und die Befreiung der Lohnsteuerersatz-

lung in Höhe von 60 Millionen Mark. Entgegen den ursprünglichen Plänen ist die Krisensteuer in zwei Zeilen geteilt worden, in eine Steuer für Lohnempfänger und eine Steuer für Veranlagungspflichtige.

Die Krisensteuer der Lohnempfänger beträgt

bei einem Jahresbruttolohn bis 2400 Mark = 1 Prozent
bei einem Jahresbruttolohn bis 8000 Mark = 1,5 Prozent
bei einem Jahresbruttolohn bis 12000 Mark = 2,5 Prozent
bei einem Jahresbruttolohn bis 18000 Mark = 4 Prozent
bei einem Jahresbruttolohn bis 36000 Mark = 4,5 Prozent

Die Krisensteuer der Veranlagungspflichtigen soll betragen:

bei einem Jahressteuereinkommen bis 3600 Mark = 0,5 Prozent
bei einem Jahressteuereinkommen bis 6000 Mark = 1 Prozent
bei einem Jahressteuereinkommen bis 7000 Mark = 1,5 Prozent
bei einem Jahressteuereinkommen bis 10000 Mark = 2,5 Prozent
bei einem Jahressteuereinkommen bis 25000 Mark = 3 Prozent
bei einem Jahressteuereinkommen bis 100000 Mark = 3,5 Prozent
bei einem Jahressteuereinkommen über 100000 Mark = 4 Prozent

Bei der Arbeitslosenversicherung

ist eine Beitragserhöhung nicht vorgesehen. Die sogenannte „innere Reform“ soll umfassen:

Auscheiden der Lohnarbeiter und Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Versicherung, Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für Gehrenten, Herabsetzung der Unterhaltungsätze für Saisonarbeiter um sechs Wochen, Verfügbarmachung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge und vor allem eine allgemeine Kürzung aller Leistungen der Versicherung und Krisenfürsorge um 5 Prozent.

*

Wenn diese Angaben über den Inhalt der Notverordnung zutreffend sind, können wir in eine überaus ernste politische Lage. Der Beschluß des Sozialdemokratischen Parteitag, daß unmittelbar nach Vorliegen der Verordnung die Sozialdemokratische Reichsversammlung zusammenzutreten soll, um über die Haltung der neu geschaffenen Lage zu beschließen, entspricht nicht der Erwartung der Parteimitglieder, die für die Erhaltung der Sozialpolitik richtunggebend sein werden.

Aber ist die Opposition nicht stolz auf ihre Akademiker? Nicht, weil wir Akademiker sind, haben wir die Berufung, die Masse zu führen, aber als Parteimitglieder haben wir alle gleiche Rechte. Unsere den Akademikern sind heute unangenehm. Proletariat und Arbeiterpartei sind heute nicht das Recht, sie durch unüberlegte Redensarten den Parteimitgliedern zu verweigern. (Sehr wahr). Eine weitere Meinungsverschiedenheit betrifft den

Begriff der Demokratie.

Genosse Bräning glaubt nicht daran, daß sie uns zum Ziele führt. Aber was soll uns denn zum Ziele führen? Argenteine andere Form der Despotie? Mit solchen Redensarten fährt man nur die antidemokratischen Strömungen im Volk, und das dient nicht uns, sondern dem Faschismus. (Beifall der Zustimmung). Demokratie ist die Voraussetzung jeder Arbeiterpolitik. Ohne Demokratie kein Sozialismus von Dauer, ohne Demokratie keine politische und wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall). Sowas hat uns geschadet die Frage zurückzugeben,

was wir nach dem Sturz Bränings tun wollen.

Selbstverständlich muß dann die gesamte Kraft der Arbeiterklasse im schärfsten Kampf eingesetzt werden, und Einzelheiten zu formulieren wäre unflug. Aber was haben wir die Opposition gar nicht gefragt. Wir wollten von ihr nur hören,

was sie nach Bränings Sturz erwartet.

Zufolge dieser Frage hat Estlin — vielleicht verdonkert er die Prophezeiungen seinen Redensarten zum Ältesten Testament — geantwortet: nach Bräning kommt Bräning.

Es kann auch ganz anders kommen.

Es kann eine Beamtenregierung, eine Militärregierung, eine Regierung mit Nationalsozialisten oder mit ihrem deutschen Nationalen Sachwalter werden. Unsere Frage sollte die Opposition nur zwingen, die Situation ernsthaft und nachdrücklich zu prüfen. Das haben wir stets getan und werden wir wieder tun, wenn die neuen Notverordnungen vorliegen.

Hofenberger behauptet, die neun haben recht in der Sache gehabt, und daher Recht in ihrer Kritik. Ich spreche gar nicht darüber, ob Ihr nun Recht gehabt habt. Selbst, wenn Ihr im Recht wart, so müßte gerade in dieser Zeit Disziplin gewahrt werden. (Stürmische Zustimmung). Ihr konntet nachher an den Parteitag appellieren, tonntet folgen, die Mehrheit hat sich vergangen gegen die Prinzipien der Sozialdemokratie, aber sie muß der Parteitag zu Recht stehen. Aber bis zu diesem Moment hattet Ihr Euch unterzuordnen, so fügen, wie sich manchmal einer in der Fraktion bei anderen Gelegenheiten gefügt hat (hürmliche Zustimmung), weil ihm die Einigkeit und Gehörlichkeit der Partei höher stand, als das, was man mit Recht und häufig auch mit Unrecht das Gewissen nennt. Aber in ein Parteimitglied und in die Fraktion eintritt, gibt damit schon vor sich etwas von seiner inneren Überzeugung auf. (Beifall der Zustimmung). Keine Partei und keine Fraktion darf sich vollkommen mit den Überzeugungen jedes Einzelnen, sonst müßte das ein langweiliger Stiefel sein. (Heiterkeit). Indem ich etwas von meiner Freiheit erhebe, nehme ich die Verpflichtung der Unterordnung in diesem Moment auf mich, wo diese Unterordnung die bringendste Forderung des Tages ist.

Da oben auf der Tribüne sitzen die Herrgötter,

die der Parteivorstand eingeladen hat, die Männer, die geworden haben für die Partei, die ihr Zuhörer neuer Mitglieder zugeführt haben. (Stürmischer Beifall). Ich weiß nicht, ob diese Männer und Frauen in jeder Beziehung mit dem Standpunkt der Fraktionsmehrheit einverstanden sind. Ich weiß nur, daß sie sich gefügt haben:

Was auch immer geschehen mag, es gilt der Partei,

der Partei der Arbeiter! Sie sind in den Kampf gegangen und haben für die Partei gearbeitet. (Erneute, hürmliche Zustimmung). Sie haben vielleicht ihre persönliche Überzeugung zurückgestellt, was ich von der Opposition nie verlangt habe. Ich verlange nur, daß sie auch den anderen gerecht wird. Aber sie haben jedenfalls nicht gefügt, jetzt werden wir die Arbeit hin, denn die Partei hat sich von ihren Grundfragen abgewandt.

Ihr Neuen, nehmt Euch ein Beispiel an diesen Mitgliedern

der Partei! (Stürmisches Bravo). Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg, wo es um die Zukunft der Arbeiterbewegung geht, einig und geschlossen bleiben. Ich

lage Euch als einmal Unabhängiger: das war damals ein schwerer Fehler von 1916! (Beifall der Arbeiter). Ich habe unsere Pflicht, was damals über die Kriegspolitik nach wie vor für die richtige; und trotzdem war es ein Verstoß, daß wir die Fehler begangen haben. Sorgt dafür, daß es etwas nicht noch einmal wiederholt wird! (Minutenlang, hürmlicher Beifall).

Damit schließt die Vormittagssitzung. — Schluß: 13.30 Uhr.

In der Nachmittagsitzung wird zunächst das Schlußwort Sollmann entgegengenommen.

Sollmann:

Ein unüberlegtes Aufgeben der Parteiorganisation würde die sozialdemokratische in Zentrum und auf der rechten in eine Front bringen, und das würde von den Verbrüderten mit Milliarden bezahlt werden müssen (sehr wahr).

Seydewitz ist nicht nur mit Gefühl, sondern auch mit Kameradschaftlichkeit an unseren Fraktionsbericht herangegangen. Würde seine Feststellung, daß die Entscheidung der Fraktion oft sehr schwierig sind, so daß man nicht einfach mit schwarz oder weiß darüber urteilen kann, überall beachtet werden, dann würden in Zukunft die Parteimitglieder ganz anders geführt werden. (Sehr richtig). Mit welcher Rechthaber,

mit welchem Pöbelactum, mit welcher Annäherung und

Ueberzeugung

hat Ihr Estlin über Severing gesprochen! (Beifall der Zustimmung.) Auch Severing unterliegt natürlich der Kritik der Partei; aber ich verlange von einem Mann von der Bildung und geistigen Reife des Genossen Estlin, daß er von der Tribüne des Parteitag das Beste aus den Vorwürfen nur urteilt unter Anerkennung der vollen Schmierlichkeit und der Lächerlichkeit, daß dieser Genosse seine volle Kraft für das Wohl der Arbeiterklasse einsetzt (erneute heftige Zustimmung)! Eine solche Kritik wirkt positiv, aber ich protestiere gegen diese häßliche Art der Polemik, die es so hinstellt,

als wenn Severing der Zerstörer der Demokratie wäre.

Wenn Estlin in diesem, die Genossen aufreißenden und verteilenden Gorn vor dem Parteitag spricht, ist der Schaden nicht sehr groß; denn die Delegierten sind alles alte gesunde Genossen. Wenn er aber draußen die Parteimitglieder mit der gleichen Unbesonnenheit und Untermenschlichkeit führt, dann wundert ich mich nicht mehr, daß z. B. in Breslau so heftige Kämpfe innerhalb der Partei Platz greifen. (Sehr wahr). Die einladend, abgearbeiteten und milden Parteimitglieder wollen keine Parteiverordnungen mit Zant und Streit. Sie wollen auch einmal hören, was die Partei Positives gefestigt hat. Wenn Ihr ihnen immer nur sagt, die Führung habe es falsch gemacht, dann muß das Vertrauen zur Partei verschwinden. (Beifall der Zustimmung.)

Seydewitz hat gemeint, unsere ganze Taktik sei aufgebaut gewesen auf der Hoffnung baldiger Überwindung der Wirtschaftskrise. Gewiß, wir haben immer danach getrachtet und tun es noch, die wirtschaftliche Lage der Massen zu erleichtern. Aber unter Hauptziel war doch, daß man

nicht die Wirtschaftskrise zur Vernichtung der Demokratie

ausnützen

könne. Wir haben wieder ein Milliardenbüßel; aber wenn wir im März nicht den Etat verabschiedet hätten, stünden wir mitten in einer Finanzkatastrophe von unvorstellbarem Folgen. Wiederholt hat man uns die Frage entgegengeschleudert,

ob unsere Opfer sich gelohnt hätten.

Meine Frage, ob es ein zweites großes Industriejahr mit so viel Sozialpolitik wie Deutschland hat, hat niemand beantwortet. Ich habe den Mut zu sagen, daß die Erhaltung der Demokratie und der Sozialpolitik als Erfolg die Taktik der Fraktion vollkommen rechtfertigen. (Beifall.)

Sagen Sie doch endlich allen deutschen Arbeitern, daß wir jährlich mehr als sieben Milliarden für Sozialpolitik ausgeben, davon fast 2 1/2 Milliarden Reichsgeld.

Und was würde geschehen, wenn wir Bräning kürzen. In der Entscheidung der Genossen denken und Bräning lesen wir darüber, die politischen Folgen dürften nicht übersehen werden. Das Zentrum würde in einer Koalitionsregierung mit den Faschisten die Hände hemmen. So weit geht mein Sozialismus nicht, daß ich die wichtigste Debatte des sozialdemokratischen Parteitag mit einer Ver-

trauensumgebung für das Zentrum beenden lassen. (Geheerheit und Zustimmung.)

Mir stehen nun am Ende des großen, inneren Kampfes über die Methoden der Partei. Vor dem Parteitag war ingenerfischen Vätern die Rede von der angeblichen Verbohung und Verfallung der Sozialdemokratie und ihrem allbeherrschenden Apparat. Ich frage nun: welche Partei Deutschlands wäre in der Lage, bei der breiten Öffentlichkeit die großen, politischen und wirtschaftlichen Probleme zu diskutieren, wie das hier geschehen ist? (Sehr gut.) Ich bin auch überzeugt, wenn Reichelich seine Rede vom Kernpunkt auf eine Erklärungsvermittlung gebracht hätte, daß ihm die sozialdemokratischen Arbeiter genau so zugehört hätten, wie der Parteitag (Zustimmung). Alles, was wir hier in Leipzig erlebt haben, zeigt, daß die Sozialdemokratie gerade geladen ist von Energie, und daß es feiner wegen kann, mit dieser Partei anzubinden.

Wiso hingegen mit allem Possimus und aller Kopfhängerei und auch mit dem Wahn, es sei in Deutschland zu Ende mit der Demokratie und der Republik. Was wir an Demokratie zeitweilig haben aufgeben müssen, werden wir zurückholen! Dieser Parteitag beweist dem Deutschen Volke und der ganzen Welt: es kommt kein Drittes Reich, es kommt kein Sozial-Deutschland, es kommt ein Deutschland des Sozialvolkes unter Führung der Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Schlußfals kommunalistisches Theater.

Vor der Abstimmung über die entscheidenden Beschließungen gibt Wiso dem Parteitag bekannt, daß bereits am Samstagabend der Parteitag in der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilt worden ist, daß die kommunalistische Partei die Wilsch hat, mit sozialdemokratischen Mitgliedschaften verfehene Jugendliche und event. auch kommunalistische Parteimitglieder, die mit den an die kommunalistische Presse ausgegebenen Propagandakarten versehen werden sollen, auf der Tribüne des Parteitages zu verteilen, die dann nach den entscheidenden Beschließungen gegen die neun Abgeordneten der Winderheit ihre sozialdemokratischen Mitgliedschaften verlieren und in den Saal hinausgeschoben sollen. Sollte also eine solche Aktion wirklich vornehmen, so stelle ich von vornherein fest, daß sie im Dienste der kommunalistischen Partei erfolgt!

Die Abstimmungen.

In der Disziplinfrage

gelangt zur Abstimmung ein Antrag vom Parteivorstand und Parteiaussschuß, dessen erster Satz das Verhalten der neun Reichstagsabgeordneten bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B. mibilligt. Dieser Satz wird in gemeinsamer Abstimmung mit über 2000 Mitgliedern der Mehrheit angenommen. Der Schluß der Resolution, der den Fraktionen einseitiges Votieren zur Pflicht macht und ihnen das Recht gibt, Fraktionszwang zu erklären und Zumberhandlungen dagegen als parteifühdiges Verhalten erklärt, wird in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 62 Stimmen angenommen. Damit sind alle anderen Anträge zur Disziplinfrage erledigt.

Die sozialen Forderungen des Parteitages

sind in einer Resolution von Kaufhäuser-Gerlach zusammengefaßt, die einstimmig angenommen werden. Die meisten Anträge auf sozialpolitischem Gebiet sind dadurch erledigt. Der Rest der Anträge wird dem Parteivorstand übergeben.

Zur Bekämpfung des Faschismus

liegt ein Antrag von Berlin vor; er wird mit dem Zusatzantrag der Frauen einstimmig angenommen.

Zu den Anträgen über Beeinträchtigung des Freiheitskampfes durch die letzte Notverordnung wird eine Resolution vom Parteivorstand angenommen, die einen energiegelassen Kampf gegen Mißbrauch der Notverordnung fordert. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

Zu den neu bevorstehenden Notverordnungen

wird ebenfalls mit überwältigender Mehrheit eine Resolution vom Parteivorstand und Parteiaussschuß angenommen, wonach die Fraktion alsbald nach vorstehendem Wortlaut zusammenzutreten und entscheiden soll. Ebenso wird mit großer Mehrheit eine gemeinsame Resolution angenommen, die die sozialpolitischen Gesichtspunkte betont, die die Fraktion bei ihrer Entscheidung beachten soll.

Mit überwältigender Mehrheit nimmt dann der Parteitag den Antrag 187 an, der der

Reichstagsfraktion die Billigung

zu ihrer Haltung und die Anerkennung in ihrem Kampfe ausdrückt.

Die Anträge bezüglich der weislichen Schule und einer Reihe anderer Fragen werden durch den Hinweis auf die entsprechenden Beschließungen des Rieker Parteitages für erledigt erklärt. Endlich wird der Antrag, über die bisherige Politik der Partei eine Urabstimmung zu veranstalten, einstimmig abgelehnt. (Geheerheit). Damit ist jeder Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Weiterberatung am Donnerstag.

Die neue Parteileitung.

Am Donnerstag wird der Parteitag u. a. die Wahl des Parteivorstandes beschließen. Der Parteiaussschuß hat am Mittwochabend beschlossen, dem Kongress die Wahl eines dritten Vorsitzenden zu empfehlen und für dieses Amt Hans Vogel vorzuschlagen, der bereits seit Jahren dem Parteivorstand als Sekretär angehört. Sollmann, der ebenfalls in Vorschlag gebracht worden war, hat verzichtet, weil er seinen Wohnort in der „Rheinische Zeitung“ nicht verlassen will. Außerdem soll die Zahl der Mitglieder um 2 auf 11 ergänzt werden. Als neue Mitglieder werden Breitscheid und Bitter-Berlin in Vorschlag gebracht.

Angenommene Anträge:

Der Parteitag mibilligt das Verhalten der neun Genossen bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B.

Der Parteitag fordert von den Fraktionen in allen öffentlichen Körperchaften ein einheitliches und geschlossenes Votieren. Die Fraktionen werden ermächtigt, vor Abstimmungen den Fraktionszwang zu beschließen. Zumberhandlungen gelten als parteifühdiges Verhalten.

Bei der Annahme der politischen Notverordnung d. 28. März 1931 haben sich schwere Mißstände entzwickelt. Insbesondere sind die proletarische Freiheitsbewegung und die sozialistische Kulturpropaganda behindert worden.

Der Parteitag erwartet deshalb von der Reichstagsfraktion, daß sie die erfolgreiche Arbeit zur Abwehr der von der Notverordnung drohenden Gefahren mit allem Nachdruck fortsetzt.

Der Parteitag nimmt davon Kenntnis, daß die Reichstagsfraktion alsbald nach dem Erlass der neuen Notverordnung zusammenzutreten und unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation über die Frage der Einberufung des Reichstages entscheiden wird.

Kommunistische Verbrechen

Neue Parole aus Moskau: Fenstercheiben zertrümmern.

Berlin, 4. Juni. (Eig. Funtm.) Vor dem Berliner Rathaus kam es am Mittwoch abend zu Demonstrationen und Krawallen, die von den Kommunisten planmäßig vorbereitet worden waren. Im Verlauf der Krawalle wurden von vierhundert Kommen auf Straßen in der Königstraße und in der Alexanderstraße fünf große Schaufenstercheiben verschiedener Geschäfte zertrümmert. Bei der Verfolgung des einen Täters kam ein Polizeibeamter zu Fall und wurde vom Böbel mit Fußritten bearbeitet, wobei er Verletzungen davontrug. Die Polizei mußte mehrere Schießschüsse abgeben, durch die eine Person verletzt wurde. Fünf Personen wurden festgenommen, darunter der kommunistische Bundtagsabgeordnete Paul Graße.

Tausende von Menschen sammelten sich in den zum Rathaus führenden Straßen an und verjuden, in die Stadtverordnetenversammlung einzudringen. Der Polizei gelang es, größere Zusammenkünfte und Unruhen zu verhindern. Ein kommunistischer Arbeiter, der mit der Polizei in Konflikt kam, erhielt einen Sitzstuh in die Untergerichts und mußte auf die Rettungswelle gedrückt werden. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen. Gegen 21 Uhr herrschte in der Umgebung des Rathauses wieder Ruhe.

Streifenunruhen in Duisburg-Hamborn.

Duisburg-Hamborn, 4. Juni. (Telefon.) Im Anschluß an einen Prozeß gegen kommunistische Erwerbslose, die bei Unruhen

in das Rathaus gestürmt waren und zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, kam es in den Straßen Hamborns zu ernstlichen Unruhen. Demonstranten hielten aus Zeichen der Mißbilligung und Plakate mit roten Bannern, hinter denen sie die Polizei mit Hohnschreien, Pfeifen und Steinwürfen empfingen. Es fielen auch mehrere Schüsse. Nur mit Mühe konnten die Hindernisse entfernt und die Straße von den Demonstranten geräumt werden. Da auch in den Nebenstraßen Schüsse fielen, mußte die Polizei schließlich das ganze Viertel räumen. Hierbei wurden von Seiten der Polizei mehrere Schießschüsse abgegeben. Ingesamt sind bis gegen Abend 30 Personen festgenommen worden. Bis jetzt haben die Tumsche vier Verletzte gefordert, wobei fünf als Unbeteiligte, eine Frau und ein Mädchen erlitten schwere Kopfverletzungen, zwei Männer wurden ebenfalls durch Schüsse erheblich verletzt.

In den Abendstunden kam es auch in der Duisburger Innenstadt zu Unruhen. In der Königstraße wurden mit Plakaten einige Eisenbahnarbeiter zerrümmert. Die Polizei konnte Unruhen noch rechtzeitig verhindern. Auch an anderen Stellen der Innenstadt wurden Schaufenster eingeworfen.

Am Essen kam es in den späten Abendstunden des Mittwoch in der Altendorfer Straße zu Unruhen. Die Menge warf einen Steinwurf gegen die Eisenbahnquers über die Straße, um dem Arbeiterkommando den Weg zu versperren. Gegen die Polizeibeamten und Feuerwehrrichter wurden Steine geschleudert. Die Polizei, die sofort eingriff, konnte überall die Ruhe wiederherstellen.

Sozialdemokratie und Brüning.

Im Urteil der französischen Sozialisten.

Paris, 4. Juni. (Eig. Funtm.) Leon Blum verteidigt im Leitartikel des sozialistischen Parteiorgans die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Brüning. Er führt den Nachweis, daß die Sozialdemokratie alles tut, um die Ausbreitung des Nationalismus in Deutschland zu verhindern. Die deutschen Sozialdemokraten hätten alles für den Kampf gegen den Nationalismus und für den Frieden geopfert und keinen Augenblick nachgegeben. Die französischen Sozialisten läßt sich folgerichtig mit ihnen, da sie die Befehle des deutschen Nationalismus für Europa trotz der gegenteiligen Behauptungen der nationalsozialistischen Presse nicht untergehen. Die Hauptfrage sei, wie der deutsche Nationalismus außerhalb Deutschlands mit wirksamen Mitteln bekämpft werden könne. Es bänge zum größten Teil von Frankreich ab, durch eine entsprechende Haltung die Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten zu unterstützen.

Sonderbare Arbeiterpolitik.

Wie wenig ernst es den Kommunisten

mit der Fürsorge für die Arbeitlosen ist, zeigte am Mittwoch ihr Verhalten in der Berliner Arbeiterwohnungsverwaltung. Sie lehnten den Neubau für das Arbeitsamt Siedhof in Gemeinschaft mit den Deutschen Nationalen, Nationalsozialisten und Wirtschaftsparteilern ab.

Das Arbeitsamt Siedhof ist in einem alten baufälligen Lager-schuppen untergebracht. Wenn es nach den Kommunisten geht, kann das so bis in alle Ewigkeit bleiben. Ihnen ist es auch gleichgültig, ob durch einen Neubau im Wert von über 1,5 Millionen Mark Tausenden von Bauarbeitern mitkommene Arbeitsgelegenheiten geboten wird oder nicht.

Dauernde Grenzverletzungen.

Der Anflug der französischen Flieger.

Kaiserslautern, 4. Juni. (Eig. Funtm.) Ein mit zwei Unteroffizieren besetztes französisches Militärflugzeug ging am Mittwoch nachmittags bei Entenbach in der Pfalz nieder. Die beiden Insassen des Flugzeuges wurden von der Schutzpolizei nach Kaiserslautern gebracht. Die Militärflieger erklärten, sie hätten die Orientierung verloren.

Die seit einiger Zeit sich häufende Überfliegung deutschen Gebietes durch französische Militärflugzeuge ist reichlich unerwünscht. Warum müssen Militärflieger unmittelbar dicht an der Grenze herummanövrieren?

Franciaflieger über Nordsee.

Nordsee, 4. Juni. (Eig. Funtm.) Drei französische Kriegsluftzeuge haben sich am Mittwoch vormittag in der deutschen Bucht aufgehalten. Eins davon lag dabei über Nordsee. Zwei flogen über dem Hafen von Borkum.

Hoch bei Briand.

Paris, 4. Juni. (Eig. Funtm.) Der deutsche Botschafter von Hoch behauptete am Mittwoch Briand. Bei dem Besuch hörten in erster Linie die Fragen erörtert worden sein, die Brüning und Curtius in ihrer Unterredung mit englischen Staatsmännern in Chequers aufgeworfen werden.

Das Kesseltreiben gegen Genossen Wertheimer.

Genf, 4. Juni. (Eig. Funtm.) Dr. Wertheimer, gegen dessen Anstellung in der Informationsabteilung des Arbeiterbundsekretariats die Reichspresse Sturm lief, wird in einer anderen Abteilung des Sekretariats gleichmäßig beschäftigt. Der Verlust, ihn ganz aus dem Sekretariat zu entfernen, ist gescheitert.

Kabinetten Renkin in Belgien.

Brüssel, 3. Juni. (Eig. Droht.) Nach genau zwei Wochen anhaltender Regierungskrisis ist es nach rechtstheologischen Führer Renkin am Mittwoch gelungen, die katholisch-liberale Mehrheit wieder zusammenzubringen. Er hat demgemäß den Auftrag zur Regierungsbildung angenommen.

Kürze, Sachlichkeit

fordern wir von all denen, die für uns schreiben. Richtet dich danach, wenn du uns Neuigkeiten mittelst, deren Augenzeugen du warst und die von allem Interesse sind

Die Arbeiter-Zeitung muss vorbildlich sein

Der Parteitag erkennt an, daß die Reichstagsfraktion unter schwierigen Umständen die Ideen des Sozialismus und der Demokratie wirksam vertreten hat. Sie hat als Minderheit gegen eine bürgerliche Mehrheit und im ständigen Kampf gegen die unfaßlichen und demagogischen Angriffe der Kommunisten die Interessen des arbeitenden Volkes gewahrt. Ihrer Tatzeit ist es gelungen, den Faschismus in die Defensive zu drängen. Der Parteitag billigt die Tätigkeit der Reichstagsfraktion.

Der Sozialdemokratische Parteitag

veranstaltet von der Arbeitergemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte Deutschlands fand im Zusammenhang mit dem Sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig am Sonntag, den 31. Mai statt. Er wurde mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Stadtrat Dr. Karach-Berlin, eröffnet. Es waren zahlreiche Vertreter verschiedener Organisationen erschienen.

Professor Dr. Knack-Hamborn hielt das Hauptreferat über das Thema „Der bürgerliche und der sozialistische Arzt“. Es kam zu folgenden Beschließungen: Für die sozialdemokratischen Ärzte und die ganze sozialdemokratische Partei gilt es, folgenden Zielen zuzustreben:

1. Ueberführung des Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb. Dann kann sich der Arzt wirklich unabhängig im Dienste der Allgemeinheit auswirken.
2. Systematische öffentliche Gesundheitspflege und Gesundheitsfürsorge, Geburtenregulierung, nach eigentlichen und sozialen Gesichtspunkten. Planmäßige Vorbeugung und Krankheitsbekämpfung unter Berücksichtigung der sozialen Umwelt. Soziale Krankheitsfürsorge und soziale Therapie.
3. Westgehendes, dem Verständnis der breiten Massen angepaßte hygienisch-medizinische Belehrung und Aufklärung. Umgestaltung der heutigen volksgesundheitlichen Arbeit in umfassende Volksgesundheitspflege. Ausdehnung aller gesundheitsfördernden Maßnahmen auf sämtliche Teile der Bevölkerung.

An das Referat schloß sich eine längere sehr lebhaft ausgeführte Diskussion an. Die Beschlüsse des Parteitag wurden einstimmig angenommen. Nach Schluß der Verhandlungen beteiligten sich die sozialdemokratischen Ärzte an der Straßendemonstration und der Gründung des Parteitag.

Eine Mahnung Macdonalds.

Internationale Zusammenarbeit notwendig.

Macdonald fordert internationale Zusammenarbeit.

London, 3. Juni. (Eig. Funtm.) Auf der Vorkonferenz der Frauen der Arbeiterpartei hielt Ministerpräsident Macdonald eine Rede, in der er auf die internationale Schwebenfrage zu sprechen kam. Bei der gegenwärtigen Lage der internationalen Schweben, so sagte er, müsse er seine Bitte um Zusammenarbeit nicht nur um des Wohlergehens im eigenen Land, sondern um des Erfolges in der ganzen Welt willen an die anderen Großmächte richten. Er werde sich jetzt erneut an Frankreich, die Vereinigten Staaten, Deutschland und das eigene englische Volk, sie sollten einsehen, daß nicht einer von ihnen gedeihen könne, wenn es nicht auch allen anderen gleichzeitig gut gehe.



Englands Ministerpräsident Macdonald mit Sohn und Tochter auf seinem Landgut Chequers.

Der amerikanische Außenminister Stimson kommt Ende Juni nach Europa. Er wird auch Deutschland besuchen. Der Zweite Weltkrieg ist, sich vorbildlich über die Lage Europas zu informieren.

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 127

Donnerstag, den 4. Juni 1931

6. Jahrgang

WERNIGERODE

Rosenknospen brechen.

Der Rosenmonat hat begonnen. Die frischen grünen, langen Triebe der Rosen tragen pralle Knospen. Einige zeigen bereits rote glänzende Blüte. Und wenn die Sonne herein fällt, dann leuchten die Knospenreihen wie Spitzen glühend-roter Dächer. Sie sind wie während des Winterfriezes im Rückland im glühenden Golde erstrahlen. Und genau so friedlich und rein erscheinen sie auf ihren dornenbesetzten Stengeln.

Nur noch einige Sonntage sind es, die die Knospen brauchen. Dann vermag der grüne Keich die stürmisch dem Licht entgegendringenden und sich bedehnten Blütenblätter nicht mehr zu halten. Sie werden sich streuen, aus dem Keich herauszereisen, ihn als Schale für die Opferkammer nehmen, denn Främmen sind sie alle, die halberkloffenen Rosen. Mögen sie weiß wie Magnolia brechen, oder wie Rosenhölzer schillern oder rot wie himmelrötliche Främmen züngeln. Dann ist die Rose nicht mehr das Dornengebüsch, dann ist sie Königin der Blumen. Königin ihrer Farbe, ihrer Form und ihres Düftes wegen. Überall werden bald die veredelten Rosenkranzformen lodern und überall wird ihr süßer, beläubernd Duft die Luft schwebelnd, Insekten locken, Menschen betören.

Und überall wird die Rose Eingang halten, in die Stuben der Mietwohnungen, in die vornehmen Landhäuser. In den Rosen wird sie betreten und lauschen, in armen Stübchen die Schönheit der Welt verfluchen und in Palästen die Schönheit nach Belieben nach.

Rosen wollen aber nicht nur in Rosen stehen. Rosen wollen immer mit den Menschen verbunden sein. Rosen wollen Liebe, enge Verbindung, Verlobung. Rosen wachsen deshalb zwischen verführerischen Frauenlippen oder tropfen am Gürtel junger, hoher Mütter. Und hinter einem Rosenstrauch liegt immer verdeckt eine Rose vom Hof. Rose Rosen sind dann Blustropfen, bringen Kunde vom lebenden Herzen, werden um Gunst betreten und sich finden.

Bald blühen die Rosen. Viele aber gehen achlos vorüber an ihnen. Für die Irene das Schicksal keine Rose. Ihr Weg ist demig sein Leben. Dingende redt sie aus ihrem Dornenweg eine Zimm mit gelb leuchtender Spitze, nirgends findet Rosenblüte.

Dumpe, kalt und dunkel ist es um sie. Zeit ist da, aber kein Gedächtnis, um Rosenkranz zu sehen. Und immer größer wird diese Gefahr, um im Dunken ihre Straße zieht, hell gelbt die ihr Schicksal trägt mit ungesundem Mut, ohne große Worte, ohne Sammen.

Wahrlich, ihr Pfad dürfte nicht mit Dornen besät sein. Rosen, halberkloffene Rosen müßte man ihnen trauben. Weiße Rosen, weil sie rein blühen, in der Rot und rote Rosen, weil ihr Herzblut rot ist ihr Herzblut, das sie mit uns verbindet, die wir noch arbeiten, die wir, wenn auch für uns Dornen kommen, immer noch Rosen schauen können.

Parteiversammlung. Am Montag, den 8. d. Mts., findet die nächste Parteiverammlung im Gemeindefesthaus statt. Voraussetzungslos wird der Gen. Schlichte Bericht vom Parteitag erlassen. Bei der weittragenden Wichtigkeit der Beschlüsse, die der diesjährige Parteitag zu fassen hat, darf wohl erwartet werden, daß die Parteigenossen sich zahlreich an dieser Versammlung teilnehmen.

S.-C. Sportverein. Freitag, den 5. Juni, 20 Uhr, Monatsversammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht.

Eine Genosse Mitteilung! Ohne die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, haben unsere Vertreter es erreicht, daß die Rabodauerarbeiten für die Waldbühnenarbeit und das Westtal, soweit diese für Kinder gelöst sind, für beide Anlässe fast Dienstag benutzt werden können. Es hat durchaus nicht des Eingehens in der bürgerlichen Presse bedurft, weil bereits schon Tage vorher die Angelegenheit eingeleitet war.

Abreise auf der Waldbühne. Morgen Freitag 14 Uhr, findet die Eröffnung der „Abendungen“ (1. und 2. Teil) von Friedrich Heibel auf der Waldbühne im Augustenpark statt. Gleich dem „Wälschell Teil“ im Vorjahr dürfte diese gewaltige deutsche Festendichtung starken Eindruck hinterlassen. Den Siegfried spielt Walter Egeler vom Stadttheater Bielefeld, den Hagen, Karl Körner, Stadttheater Minister in Weisk., König Günther: Kurt Fischer-Fehling, Hölzer: Fritz Müller (beide Stadttheater Halberstadt). Die Rheinhold ist mit Charlotte Hoffstein, die Brunhild mit Elisabeth Böhler (beide Stadttheater Hannover) besetzt, die die durch Gastspiele hier schon erfolgreich eingeführt haben. Neben Hanna Schöge als Frigga und Charlotte Hoffstein als Ilse, ist das gesamte Herrenpersonal besetzt. Spielleitung: Intendant Rudolf Hartig. Die Eintrittspreise betragen: —,75, 1.—, 1,50 und 2.— M.; für Schüler halbe Preise (ausgenommen 3. Abtag) also: —,50, —,75, 1.— M. Vorverkauf: Scholalabenschicht 1/2. Rest am Markt; auch werden dort Bestellungen auf Karten angenommen; diese werden dann an der Eingangskasse bis 5 Minuten vor Beginn der Aufführung referiert.

Meerestuch. Nachdem am zweiten Pfingsttage die Vorstellungen auf der „Waldbühne“ verregnet, scheint der Wettergott mit den weiteren Vorstellungen ein Einsehen haben zu wollen. Am Mittwoch nachmittag zeigte sich er unter Belohnung des Gegenwärtigen Schaulustigen „Meerestuch“. Es war ein Genuß, mitten in freier Natur das von Dornen umschlossene in Genuß, mitten anzuhaben. Wir können unsern Bekern, soweit sie noch ein paar Groschen für solche Zwecke erkranken können, nur empfehlen, jetzt zum Sonntag nachmittag ihren Kindern einmal ein Erlebnis zu ermöglichen und die Märchenvorstellung zu besuchen. Aber auch Erwachsene sollten einmal den Versuch machen. Sie werden sicher von dem Erlebnis lange geistig zehren können. Charlotte Hoffstein stellte eine Frau Elisabeth dar, welche die Seelenfeste einer verstorbenen Heirat uns offenbarte, Karl Körner war ein nur auf seinen vermögensrechtlichen Vorteil bedachter Herr, wie er nicht besser dargestellt werden konnte. Sein Bruder, den Fritz Müller gab, zeigte die Nervose, in welche die Hebe eines Menschen verfallen kann, mit dramatischer Wirkung. Die festliche Zeremonie zeigte Hanna Schöge und Hermann Ludwig. Der Gesamteindruck war stark genug, um werben für die weiteren Vorstellungen ausgenutzt zu werden.

Chemische deutsche Kriegsgesang in Frankreich, die der Meinung sind, daß sie aus der Zeit ihrer Gefangenenschaft noch Erfahrungen haben, können sich an die Reiterverwaltung für Reichsausschüsse in Berlin-Friedenau 1, Rheinstrasse 45-46 zur weiteren Erledigung ihrer Ansprüche wenden.

Aufzeichnung von politischen Versicherungen. Nach dem am 17. März, 1931 in Kraft getretenen deutsch-polnischen Aufzeichnungsabkommen vom 5. Juli 1928 haben deutsche Versicherungsnehmer, die bei politischen Versicherungsunternehmen Lebensversicherungsverträge abgeschlossen haben, das Recht, Auszahlung der Aufzeichnungsbeträge in bar vor dem 31. Dezember 1932 zu verlangen. Voraussetzung ist, daß diese Lebensversicherungsansprüche unter die politischen Aufzeichnungsvorschriften fallen. Als deutsche Stelle, welche die eingehenden Anträge an die politischen Versicherungsunternehmen weiterleitet, hat der Reichswirtschaftsminister das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen, Berlin W. 5, 168, Wohnungsbauhof 2-4, bestimmt. Anträge sind demnach an dieses Amt zu richten. Das Reichsaufsichtsamt ist auch ermächtigt, die Staatsangehörigkeit der Antragsteller für diese Verfahren bindend festzustellen.

Verwaltungsverbände anläßlich der Fehlpfandlung in Magdeburg. Es werden am 7. Juni 1931 aus Anlaß der Fehlpfandlung in Magdeburg folgende Verwaltungsverbände 3. Klasse nach Magdeburg geladene: Döberleben ab 12.30 Uhr, Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 2,30 M. (600 Pf.); Halberstadt ab 13.05 Uhr, Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 2,40 M. (700 Pf.); Riesa ab 13.20 Uhr, Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 2,00 M. (500 Pf.); Döberleben ab 13.32 Uhr, Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1,60 M. (400 Pf.). Zu diesen Zügen werden Sonderausfahrtskarten mit 50prozentiger Fahrpreisermäßigung ausgestellt. Zur Rückfahrt können alle planmäßigen Verordnungen benutzt werden. Die Karten gelten zur Rückfahrt bis Montag, den 8. Juni, 9 Uhr, d. h. die Rückfahrt muß spätestens 9 Uhr angetreten werden.

Reichsjugendweitspiele am Verfassungstag. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Provinzialschulräte und Regierungen ersucht, die Durchführung der Reichsjugendweitspiele auch in diesem Jahre nach Möglichkeit zu fördern und die Schulen anzuregen, sie in Verbindung mit dem Verfassungstage durchzuführen. Die von dem Herrn Reichspräsidenten gestifteten Ehrenurkunden werden auch in diesem Jahre in ungehöriger Anzahl wie im Vorjahr nach Fertigstellung entsprechend verhandelt werden.

Aus Halberstadt

Wohnungsbau.

Nach den Feststellungen des Preussischen Statistischen Landesamtes wurden im Jahre 1930 im Reg. e r u n g s b e z i r k M a g d e b u r g 1 5 7 3 Wohngebäude mit 5 165 Wohnungen errichtet. Im Jahre 1929 waren es 2 123 Gebäude mit 4 785 Wohnungen, 1929 1 789 Gebäude mit 4 333 Wohnungen. Die Wohnungsbautätigkeit hat also wieder eine Steigerung gegenüber 1929 erfahren. Von diesen neuen Gebäuden entfallen auf die Kreise: Grafschaft Bernburg 87 (1929 79) mit 167 (127) Wohnungen, auf Stadtreis Halberstadt 64 (120) mit 259 (345) Wohnungen, Döberleben 31 (61) mit 55 (105) Wohnungen, Stadtreis Döberleben 51 (42) mit 83 (130) Wohnungen, Landkreis Döberleben 47 (79) mit 141 (173) Wohnungen, auf die Städte Bernburg 32 Gebäude (1929 46) mit 120 (99) Wohnungen, Döberleben 12 (24) mit 32 (88) Wohnungen und Thale 21 (21) mit 60 (88) Wohnungen. Im Jahre 1930 wird mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln 4 586 (1929 3 845) Wohnungen neu erbaut werden. Die Zufuhrnahme öffentlicher Mittel für die Erstellung von Wohnungen hat also eine Steigerung erfahren.

Kußer den durch Neubau von Wohngebäuden geminnenden Wohnungen sind durch Umbau oder durch Einbau in nicht eigentl. Wohnzwecken dienende Gebäude (Fabriken usw.) im Jahre 1930 weitere 362 (1929 332) Wohnungen entstanden.

Der Wohnungsbedarf durch diesen Wohnneubau wird im Betrag insgesamt 220 (1929 333) Wohnungen, so daß sich für das Jahr 1930 im Regierungsbezirk Magdeburg ein Reizugang von 5 311 (1929 4 332) Wohnungen ergibt.

Sängerbund. Am Sonnabend um 16 Uhr Abfahrt der Radfahrer vom Gemeindefesthaus aus nach Ellingerode. Besondere Umstände haben für den Auszug am Sonnabend um 17.30 Uhr vom Gemeindefesthaus ab nach Ellingerode. Wer verhindert ist, am Sonnabend zu fahren, kann Sonntag früh um 6.22 mit Sonntagsfahrkarte nach Bernburg fahren. Die Führung hat der Sangestrußführer. An der kommenden Woche finden die Übungsstunden wie folgt statt: Am Montagabend der Frauenchor und am Dienstagabend von 20 Uhr ab der Männerchor und von 21 Uhr ab der Gemischte Chor. Da dies die letzte Übungsstunde vor dem Wiederabend auf Spiegelsbergen ist, muß alles erledigen. Am Mittwochabend wird auf dem Dampfbahnhof gelungen. Wiederabend auf Spiegelsbergen ist am Montag, den 15. Juni.

Eine Belle geflohen. Einem Harzleber Einwohnern wurde aus seinem Grundstück eine gelbe Hornvillie entwendet. Als Täter kommt ein Handwerker in Frage, der höchstwahrscheinlich aus Halberstadt stammt. Er wird als 30 bis 40 Jahre alt, etwa 1,65 m groß, untergeigt, beschneid und war mit dunklem, gestreiften Anzug bekleidet.

Ein hartes Urteil.

Die Kommunistenwahlen in Weingarten.

Am Mittwoch nachmittag wurde der vom Halberstädter Gericht die Verhandlung über die fünf Kommunisten fortgesetzt. Es wurde festgestellt, daß der Führer der K.P.D., S a m a n n, von dem Durchmarschverbot durch den Weingarten kaum unterrichtet war. Er hat es aber nicht für nötig befunden, den Erntebesetzern das mitzuteilen, sondern hat sie ruhig in die Arme der Polizei marschieren lassen. Auch die Behauptung der übrigen Führer des Demonstrationszuges, daß sie von der Sperrung des Weingartens nichts gemußt hätten, ist Unfalsch. Daß sie es gemußt hätten, bemerkt schon die Tatsache, daß sie, als die Sperrung wurde, sofort verstanden und die verbotenen Erntebesetzern ihrem Schicksal überließen. Ebenso ist es als Ausrede zu bezeichnen, wenn diese „Führer“ vor Gericht sich hinstellen und jede Verbindung der K.P.D. mit dem Erntebesetzertag in Abrede stellen. Jeder Mensch weiß, daß dieser ganze Rammel weiter nichts als kommunistische Wache war.

Der zweite Verhandlungstag befähigte aber auch die Behauptung, daß auch die Leitung der Polizei ein nicht unerhebliches Verschulden an dem Zusammenstoß trifft. Hätten sich zwei Kriminalbeamte, statt an dem Schluß des Zuges, an die Spitze des Zuges, dann wäre der Zusammenstoß sehr wahrscheinlich vermieden worden. Stattdessen wurden zwei Kriminalbeamte vom Stadtpark geschickt, damit der dort folgende Landraub unter allen Umständen geschäftig wurde. Hoffentlich hat die Leitung der Halberstädter Polizei aus diesem Vorfall gelernt.

Der Staatsanwalt hielt nach Schluß der Beweisaufnahme förmliche Anklage des Aufmarschs für überflüssig. Er beantragte gegen zwei die Mindeststrafe von 6 Monaten und gegen die übrigen je 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt G a n g e - M a g d e b u r g, trat für Freispruch erst, milde Strafen ein.

Das Gericht gab zum Teil nach und ließ die Anträge des Staatsanwalts hinans. Es verurteilte gegen 19.30 Uhr folgendes Urteil: Es werden verurteilt, ein Angeklagter zu 1 Jahr Gefängnis, einer zu 10 Monaten, zwei zu 8 Monaten und einer zu 6 Monaten Gefängnis.

Das Gericht hatte sämtliche Angeklagte teils des schweren, teils des einfachen Aufmarschs für schuldig befunden. Es habe ihnen die schwere wirtschaftliche Lage, in der sie sich befunden haben, ihm mildernd zugute gerechnet. Andererseits müßten aber auch die Polizeibeamten, die an sich schon einen schweren Dienst haben, vor solchen groben Ausschreitungen geschützt werden. Bemerkenswert wurde nur einem Angeklagten, der sich in ganz besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, zugestanden, den abträglichen Maß der wegen ihrer Verurteilung nicht.

Das Urteil ist zweifellos außerordentlich hart. Es muß immer wieder betont werden, daß diese Verurteilung die wirtschaftlichen Angelegenheiten, fordern nur die wirtschaftlichen Opfer sind. Wenn man auf der Anklagebank sitzen, findet man für gewöhnlich solche harten Urteile nicht. Dieser Prozeß hat aber den Erntebesetzern, die immer noch im kommunistischen Fahrenwahn festliegen, gezeigt, wohin die Reise geht und wie sie von den Kommunisten für ihre Zwecke mißbraucht werden. Die K.P.D. kann sich rühmen, mit ihrer unfeigen Politik wieder einige Opfer der Dummheit ausgeliefert zu haben.

Reichs-Arbeiter-Sport-Woche.

Am kommenden Sonntag nimmt in unserer Stadt die Reichs-Arbeiter-Sportwoche ihren Anfang. Allen freigeistlich und politisch organisierten Arbeiter in der Stadt dieser Werksbetriebe der Arbeiterportier bekannt. Trotzdem aber fehlen noch viele unserer Arbeiterbrüder in den Reihen der Arbeiterportier. Immer und immer wieder müssen daher die roten Arbeiterportier für ihre Idee werben. Sorge die Arbeiterportier deshalb dafür, daß die Reichs-Arbeiter-Sportwoche zu einem stolzen Erfolg in jeder Beziehung führt.

Eröffnet wird die Woche dieses Mal am Sonntag morgen um 9 Uhr mit einer äußerst interessanten Stafette, die ihren Anfang in Radfahrer nimmt. 60 Läufer stehen 2 Radfahrern gegenüber. Werden die 60 Läufer die zwei Radfahrer bezwingen? Der Mittwoch bringt von 15 Uhr ab Handballspiele auf dem Anger. Danach treffen sich um 19.30 Uhr die Vereine in ihren Vereinslokalen, um von dort zu rechtzeitig abzuliegen, daß sie Punkt 20 Uhr auf dem Dampfbahnhof eintrifft. Dies ist der letzte Zeitpunkt, der so genannt, wenn freizeitmäßig aus allen Richtungen der Stadt die Vereine nach einem Punkt, dem Dampfbahnhof, laufen. Auf dem Dampfbahnhof finden anschließend Musik- und Gesangsverträge statt. Die Turner und Schwimmer bringen Freizeitspiele, die Turnerinnen Volkstanz und die Radfahrer zeigen ein Radballspiel.

Am Freitag werden die Arbeiter-Theater-Spieler mit einer lustigen Operette aus „Fischings-Liebe“ mit im Glanz aufgeführt. Eintritt 60 und 80 s. Wer den Theaterabend befehlt, erhält außer dem Programm die Festplakette gratis.

Der Sonntag ist Höhepunkt und Höheglück zugleich. Von morgens 9 Uhr ab schließen die Regler ihre Entscheidungen in der Harmonie, während vom gleichen Zeitpunkt ab die Leichtathleten auf dem Anger ihre Wettbewerbe austragen. Es finden drei Kämpfe für Männer, Frauen und Kinder statt. Mittags um 14 Uhr folgt der große Demonstrationsumzug, der sein Ende auf dem Anger hat, wo die Radfahrer die sportlichen Darbietungen mit einem Massenreigen eröffnen. An bunter Reihenfolge wechseln dann an Olympiasportarten, Fuß- und Handballspiele, Ringkämpfe, Stuetenläufe, Austragung der Festmehrwahl im Faustball usw. Die Preise für Festplaketten betragen für Erntebesetzler und Jugendliche (grüne Farbe) 20 s., für Arbeiter (weiße Farbe) 40 s. Der Eintritt an dem Anger allein 20 und 30 s. Zum Festball, der ab 19 Uhr im Oberrath stattfindet, betragen die Preise für Erntebesetzler bei Vorlegung der Ausweisarte und des Mitgliedsbuches eines Arbeiterportiervereins 20 s. Alle anderen zahlen 50 s.

Ein Fallus gefasst. In der Nacht zum 3. Juni wurde einem Anwohner der Welterhäuser Straße aus seiner im Bantere gelegenen Wohnung ein Kaktus im Werte von 10 Mark gestohlen. Die Pflanze hatte vor dem Fenster gestanden.

Vom Schlachthof. Auf dem städtischen Schlachthof wurden im Mai folgende Schlachtungen vorgenommen: 4 122 Grobvieh, 391 Schlachtkühe, 1964 Schlachtschweine, 16 Eide Ferkel, zusammen 2183 Stück. Am Mai sind folgende bakteriologische Untersuchungen vorgenommen: in 85 Fällen Fleischuntersuchungen, in 108 Fällen Milchuntersuchungen.



35 PFENNIG

ELIDA KÖNIGIN SEIFE

Von allen bevorzugt, weil billig und besser!

ELIDA KÖNIGIN SEIFE

Stadt in Not.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung in Halberstadt.

am Halberstadt, 4. Juni 1931.

Die Zahl der „Wohlfahrts“-Erwerbslosen, d. h. derjenigen, die aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge ausgeschlossen sind, und so den Wohlfahrts-Einrichtungen der Städte zur Last fallen, wächst überall laminarartig an. Man sieht kaum einen Ausweg. Deshalb nahm der Oberbürgermeister in der gestrigen Sitzung auch wieder das Wort, um darauf hinzuweisen, daß diese ganze traurige Entwicklung die Stadtverordneten und den Magistrat wohl bemächtigt wieder über die Frage stellen werde, wie man diesen neuen geflügelten Anprühlern gerecht werden könne. Die Zahl der Erwerbslosen habe sich seit der letzten Stadtberatung nicht vermindert, sondern wesentlich erhöht. Und die Sorge für diese notleidenden Mitbürger lasse die Frage brennend erscheinen, ob nicht ein ganz neuer Etat aufgestellt werden müsse. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind eben härter als das Papier auf dem der Etat beruht und gedruckt wird. In den Entschlüssen des gegenwärtig in Leipzig tagenden sozialdemokratischen Parteitag wird ja unter Beachtung dieser katastrophalen Tatsache an Reich und Staat die bringende Forderung nach Hilfe für die Gemeinden erhoben. Wir befinden uns deshalb in voller Übereinstimmung mit dem Oberbürgermeister. Die Sozialdemokratie wird alles tun, was geeignet ist, der Not der Städte, die zugleich eine Tragödie der armen Leute ist, Steuern zu helfen.

Somit ließ die gestrige Stadtverordnetenversammlung den Geist der Not- und Gefahren-Gemeinschaft sehr in den Hintergrund treten. Das zeigte sich schon bei dem ersten Punkt der Tagesordnung, wo eine Bezirksvorsteherstelle der Wohlfahrtspflege neu besetzt werden sollte. Die Stadt ist in fünf Wohlfahrtsbezirke eingeteilt. Unter den 10 Berufen, die als Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter in Frage kommen, ist kein einziger Sozialdemokrat. Deshalb wäre es wohl berechtigt gewesen, auch eine freierdenkliche Stelle, die im zweiten Bezirk, einem Sozialdemokraten zu übertragen. In der anschließenden Stadtverordneten-Sitzung Schmidt war bereit, das Amt anzunehmen und wurde von unserer Fraktion vorgeschlagen. Bürger und Nazis erklärten aber sofort, daß solche Posten nicht nach politischen Gesichtspunkten besetzt werden dürften. Nun wissen wir wenigstens, was politisch und unpolitisch ist. Politisch ist alles, was links ist. unpolitisch sind Nazis und Stahlhelmer. Man entschied sich also für den unpolitischen, d. h. für den Nazi.

In zweifelhafter Glorie erstrahlte wieder der Sacherplan des Wirtschaftspartei bei der Festsetzung der Realsteuersätze für 1931. Der kleine Valentin stimmte bei der Gelegenheit eine Sommerarie an für die Gemeindefeuer, die er überhaupt für eine Verhöhnung hält. Der unbelästigte Zuhörer mußte ohne weiteres annehmen, daß hier eine neue Belastung des Mittelstandes geplant sei. In Wirklichkeit handelte es sich aber um das Gegenteil, nämlich um eine Ermäßigung der Gemeindefeuer aufgrund der Notverordnung. Wenn jemand also Einlass zu sagen gehabt hätte, dann würde es zweifellos die Vertreter der Arbeiterschaft gewesen. Statt dessen jammerte Herr Valentin über die Benachteiligung der Schwachmehrer, die dadurch entsteht, daß das Wohlfahrtsamt den armen Leuten auf allgemeine Kosten die Stiefel fassen lasse. Doch dadurch abwesend läßt sich 32 Schuhmacher je ein Vierteljahr Arbeit bekommen, mußte ihm erst die Genossin Volkman sagen. Alle Wohlfahrtsbestrebungen und alle Arbeitslosenunterstützung scheint dem kleinen Mann lediglich eine Ausgube des Marxismus zu sein. Daher auch ein sein ungebundener Keger.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, nämlich der Neubau des Krankenhauses und des Jüngerhauses wurde in der geheimen Sitzung erledigt. Die Bemühungen der Sozialdemokratie in der vorigen Stadtverordnetenversammlung sind also doch von Erfolg begleitet gewesen. Mit dem Bau wird begonnen. Das ist ja schließlich auch die Hauptfrage.

Sitzungsbericht.

Am 17 Uhr eröffnet der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Müller die Sitzung. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl des Bezirksvorstehers des II. Wohlfahrtsbezirks.

Die Wahl war notwendig, weil der bisherige Vorsteher, Klempnermeister Gustav Rathow, verstorben ist. Die Vorlage des Magistrats sah den Freirechner Albert Kauf, Spargelstraße 13 vor. Unsere Fraktion ließ erklären, daß sie den Stadtverordneten Schmidt für dieses Amt vorschläge. Hiergegen wandte sich der Bürgerbäcker Dr. Heine, der meinte, daß man sich den Vorschlägen des Magistrats folgen müsse. Stadtrat Dittmer betonte aber demgegenüber, daß der Magistrat nur anheimstellend, Kauf ob einem anderen zu wählen. Der Magistrat ist völlig unzuständig in der Entscheidung, das Recht steht ausschließlich der Stadtverordnetenversammlung zu. Stadtrat Schütte (S.) führte noch an, daß es der sozialdemokratischen Fraktion nicht darauf ankomme, zu sagen, daß der Bezirksvorsteher unbedingt ein Sozialdemokrat sein müsse. Aber die sozialdemokratische Partei sei bei der Beratung dieser Vorlage überhaupt nicht beteiligt. Stadtrat Schmidt verfügte über die notwendige Zeit und gebe auch die Gewähr für eine loyale Arbeit.

Der Vorschlag unserer Fraktion wurde in der Abstimmung aber verworfen und Kauf gewählt.

Danach folgte die Enkaffung von 26 Jahresrechnungen und Abrechnungen. Einem. Winderausgaben wurden zur Kenntnis genommen und herausgegeben nachgemittelt.

Da der Reichsfinanzhof nur solche Teile der Lieberhäuser, der Sparkassen von der Körperschaftsteuer befreit, wenn diese ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verwendet werden, wurde in der Sitzung der Sparkasse das Wort „ausschließlich“ noch eingefügt.

Zurück die Vermögensgegenstände mußte einer Veränderung unterzogen werden, weil die Realsteuerverordnung vom 1. Dezember bezüglich der Vermögensgegenstände Änderungen brachte. Sie sind mehr formeller Natur und beziehen sich auf die Einbringung von Grund-

stücken in Kapitalgesellschaften usw. Auch hier erfolgte einmütige Zustimmung. Die

Verwendung der Sparkassenüberschüsse aus 1930

wurde in der bereits von uns gebrachten Form gutgeheißen. Die Kommunisten beantragten, die Lieberhäuser für die Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen. Bürgermeister Bach wies aber darauf hin, daß das nicht möglich sei und die Verwendung eigentlich nur rein formelle Bedeutung habe, weil die betr. Stellen keinen Fennig mehr ausgehen könnten.

Um den Schlußfrist unter den Hauszahl zu ziehen und ihn endgültig zu verabschieden, war noch die

Festsetzung der Realsteuersätze

notwendig. Danach haben Ermäßigungen fastzufinden und zwar bei der Grundvermögenssteuer oder landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitz um den zehnten Teil. Eine Senkung der Grundvermögenssteuer vom bebauten Grundbesitz und für Bauland findet nicht statt, da die Senkung hier bei der Hauszinssteuer erfolgt. Bei der Gemeindefeuer ist die Senkung um den fünften Teil vorzunehmen, jedoch soll in allen Fällen nicht unter dem Landesdurchschnitt gegangen werden.

Die Ermäßigung stellt sich so, daß künftig bei der Grundvermögenssteuer oder landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitz 282 Prozent erhoben werden gegen bisher 325 Prozent. Der Landesdurchschnitt beträgt 260 Prozent. Bei der Gemeindefeuer nach dem Ertrag geht die Ermäßigung auf 650 Prozent auf den Landesdurchschnitt von 540 Prozent, bei der Gemeindefeuer nach dem Kapital bleiben wir ebenso wie bei der Grundvermögenssteuer über den Landesdurchschnitt von 1160 Proz., indem wir 1320 Prozent erheben, bisher waren es 1650 Prozent. Es ergibt sich ein Zufließen von 1745 916 M. Im Haushaltsantrag waren 1751 000 M. vorgesehen. Die fehlenden 5000 M werden erhöht aus der Zweifelhafteuer, die 20 Prozent zu den Gemeindefeuerzuschlägen beträgt.

Gegen diese Vorlage wandte sich der Kommunist Dörra und stellte wieder verschiedene Modifikationsanträge. Der Wirtschaftsparteiler Valentin hatte ebenfalls allerlei zu bemängeln. Die Gemeindefeuer sei eine Sondersteuer, die verschoben müßte. Sie solle sich als ein wirtschaftlich-politisches Instrument darstellen. Das Landwirt habe ebenfalls schwer zu tragen. Zu bebauern wäre es, daß das Wohlfahrtsamt den Gemeindefiskus vorschreibe, wo sie ihre Stiefel reparieren lassen sollen, nur weil die Stadt sie bezahlt. Das könne geändert werden, indem man Karten ausgabe und den Wohlfahrtsempfängern frei stelle, sich einen Meister auszuwählen. Vielleicht könne man auch einen Teil der Unterfertigung als Stellungsprämie benutzen, um die Arbeitslosen in Arbeit zu bringen.

Oberbürgermeister Mertens

wies darauf hin, daß die Stadt gebzwungen sei, diese Sätze zu nehmen. Man bläse bei einigen Steuern über dem Landesdurchschnitt, weil bei der erfolgten Festsetzung dieser Steuern durch den Regierungspräsidenten sie viel höher angesetzt wurden als man erwartet und vielleicht selbst beschlossen habe. Man könne es auch nicht verantworten, die im Etat vorgesehenen Arbeiten weiter hinauszuschieben. Das müßte aber gelassen, wenn man der Vorlage nicht zustimme. Die Gesamtanlage sei seit der Verabschiedung des Haushaltsplanes noch weit schlimmer geworden. Ende März sei bei der Wohlfahrtsverwaltung mit 1250 Erwerbslosen - geradezu empfindlich. Die neue Notverordnung Hilfe bringe, wisse man nicht. Wenn man der Stadt nicht in irgendeiner Weise Hilfe angebotene lasse, würde man in ganz kurzer Zeit erneut vor die Frage gestellt sein, wie man den Haushaltsplan ins Gleichgewicht bringe.

Stadtrat Dittmer wies gegenüber den Ausführungen des Stadtrat Valentin darauf hin, daß der Beschluß, nachdem jetzt bei der Schuhreparatur verfahren wird, mit großer Mehrheit zustande gekommen sei. Es sehe so aus, als ob man eine politische Rede halten wollte.

Stadtrat Schütte (S.) unterließ die Ausführungen des Stadtrat Dittmer. Er wandte sich überhaupt darüber, daß Stadtrat Valentin schimpfe, obwohl er durch die Vorlage durch gerade Vorteile habe, weil sie Steuererhebungen für den Handel bringe. Stadtrat Frau Volkman hob hervor, daß die Schuldfrage die einzig mögliche Lösung gefunden habe. Wenn die Stadt schon Geld für Schuhreparaturen ausgeben könne, könne man es ihr nicht verdenken, daß sie eine gewisse Kontrolle haben wolle. Heute kämen alle Vierteljahr 8 andere Schuhmacher für die Reparaturen in Frage. Der Wohlfahrtsaussschuß habe mit großer Mehrheit diese Regelung beschlossen. Die Schuhmacher, welche die Schuhe reparieren, würden so auch aus der Unterfertigung herausgenommen.

Darauf wurde die Vorlage betr. die Festsetzung der Realsteuern und die Einführung der Pfälzsteuer angenommen. Ebenfalls mußten die

Berufsschulbeiträge für 1931

neu festgesetzt werden. Hier wurde folgende Regelung beschlossen: Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltungskosten der gewerblichen Berufsschule der Stadtgemeinde Halberstadt sind 50 v. H. durch Schulbeiträge aufzubringen. Es sind zu erheben: von den Gewerbetreibenden für ihre Betriebsstätten im Gemeindebezirk (Kreis) 25 v. H. der Grundbesitz der Gemeindefeuer vom Ertrag 46 v. H. der Grundbesitz der Gemeindefeuer vom Kapital, von den nicht gewerbetreibenden Arbeitgebern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, soweit die Jugendlichen der einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter- und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, 4,30 RM. Der Heranzugende des einzelnen nicht-gewerbetreibenden Arbeitgebers ist die Durchschnittszahl der Arbeiter und Angestellten, die in dem dem Rechnungsjahr vorangegangenen Kalenderjahr von ihm beschäftigt worden sind, zugrunde zu legen. Freiwillige Schüler haben für die Jahresunterrichtsstunden ein Schulgeld von 12 RM. zu zahlen.

Dem Magistrat war auch aufgegeben weitere

Einparungen von 30 000 Mark

zu machen, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Der Magistrat legte nun den Stadtverordneten eine Liste über die Einparungen vor, die aber nur die Summe von 20 000 Mark ergeben. Die anderen 10 000 Mark sollen aufgebracht werden durch die inzwischen eingeführte Getränkesteuer. Die Stadtverordneten erklärten sich einmütig mit der Einparung einverstanden.

Dann wurden für eine

Wädlerwohnung auf dem Flugplatz

1050 Mark bewilligt. Stadtrat Schmidt (S.) fragt an, ob man den Wädler, der nebenbei höchstwahrscheinlich noch Botendienste machen

solle, mit 1000 Mark Jahresdienst abspesen wolle. Das sei ein viel zu niedriger Lohn. Oberbürgermeister Mertens erwiderte, daß man sich nach dem Tarifvertrag richten werde und dann die Bestimmung über nicht voll befähigte Arbeitsträger in Frage käme für die Einrichtung eines

Partplatzes auf dem Paulsplan

wurden 1700 Mark bewilligt. Diese Vorlage haben wir bereits veröffentlicht. Die Stadtverordneten konnten sich erst nicht auf den Paulsplan einigen, weil der Weg nach dort schwierig ist und den Rändern der Spielplätze zum Teil genommen wird. Weil man aber ein Interesse daran hat, den Verkehr nach Halberstadt zu bringen, deshalb also einen benachteiligten Partplatz schaffen muß, für den ein anderer Platz aber nicht zu finden sein dürfte, stimmte man doch zu. Für einen neuen

Reffel im südlichen Hallenbad

bewilligt die Stadtverordneten 25 000 Mark. Diese Summe wird verbraucht für Neuanfertigung, Einmauerung usw. Der Reffel war unbedingt notwendig, weil der alte bereits einmal repariert ist und höchstens noch ein halbes Jahr hält.

Um die Lager der südlichen Werke zu vereinigen, sollen bauliche Veränderungen im Hause Richard Wagnerstraße 5/7 vorgenommen werden. Man erhofft durch diese Vereinigung eine Besserdigung der Käufer, eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte und eine Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben. Die Kosten von 15 000 Mark wurden einstimmig bewilligt.

Diese Debatte wurde auch noch die 42 000 Mark bewilligt, die für die

Erweiterung des Dreifachstromüberlieferungsnetzes

notwendig sind. Auch über diese Vorlage haben wir bereits eingehend berichtet.

Für den Ausbau der Bräckerstraße und angrenzender Straßen der Bismarck- und Halleserstraße (Pflasterung des Bürgersteiges usw.) wurden 38 000 Mark und für den Ausbau der Wegelstraße vom Heineplatz bis zum Damalchweg 82 400 Mark bewilligt. Die Wegelstraße soll einen Fahrbahn von 4 Meter, einen Fußgängerweg von 4 Meter und einen Radfahrweg von 2 Meter Breite erhalten.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. Um 18.40 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

In einer sich anschließenden

Geheim Sitzung

wurde der Hergang von Bauwahlen im Gelände zwischen Pfeffermühle und Jüngerstraße gesamt. Am Bau der Zillertalstraße wurde mit der Stadt mit 20 000 RM Baukostenzuschuß beteiligt. Die Verammlung stimmte ferner der Beschaffung eines Automobil-Feuerlöschgeräts zu, dem Bau eines Jüngerhauses auf dem Krankenhausgrundstück und der Beschaffung der hierfür nötigen 204 000 Mark durch Aufnahme einer Anleihe.

Heimstätten-Hauptversammlung.

Die Heimstätten-Baugenossenschaft hielt am letzten Samstag unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Wille ihre ordentliche Hauptversammlung im „Kaffee Bärenhof“ ab. In seinem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1930 trug der Vorsitzende des Vorstandes als bemerkenswert: Neubauten seien nicht ausgeführt, da die Bautkosten immer noch sehr hoch waren und der hohe Zinssfuß für die Beigebäude die unbedingt erforderliche Rentabilität in diesen Neubauten nicht erhoffen ließen. Wille sah die Wohnungsnot gelindert werden müssen, doch sei es noch ohne weiteres Gemeinwohlverträglich abzugeben bis auf einige geringfügige Beiträge, die nach aus dem Vorjahr als unbetrieblieh übernommen und jetzt zur Wiederherstellung vorgezogen seien. Es folgte ein kurzer Lebensbericht über die Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung und die Mitgliederbezüge. Die Mitgliederzahl betrug bei 14 Wohnungen und 17 Zugängen am Ende des Jahres 1930 263. Über die Fortsetzung der Neubautätigkeit ließ sich nicht viel Gutes voraussagen. Neben dem Zinssfuß nach den Reichserlassen Rückfragen mit den sehr fraglichen Finanzierungsbedingungen kämen nicht in Betracht, da sie ein großes Risiko in sich schloßen. Neubauten sollten rechtzeitige eine andere Bauform gefunden werden zu sollen, die loganemisch aber nicht realisierbar in Eigenheimen mit größerer Bandbreite, in denen es den vor vollkommenen Beschäftigten möglich gemacht werden soll, durch Selbstvermietung in Garten und Stall sich selbst durchzuführen, ohne die Arbeitslosenfürsorge in Anspruch nehmen zu müssen. Andere Genossenschaft werde sich hierzu zur Verfügung stellen. Mit einer gewissen Berichtigung könne hierbei festgestellt werden, daß diese von uns sehr bald als Ziel aufgestellte Siedlungsform ist also auch von anderen Kreisen als die richtige angesehen. Die Genossenschaft habe trotz aller Wirtschaftshände das abgelaufene Geschäftsjahr gut überstanden.

Es folgten die Berichte der Kassens- und Gebäuderevisor. Nach einigen Anfragen wurde die Bilanz, die nachfolgende Verteilung der Vermögensgegenstände (3 Prozent für die Geschäftsanteile) und die Entlastung des Vorstandes von der Verammlung einstimmig beschlossen. Der Bericht des Verbandsreferenten über die letzte gefällte Revision wurde bekanntgegeben, ebenso die vom Vorstand beschlossene Fortsetzung der Revisionsbemerkungen. Der Ausschussvorsitzende gab hierzu die zustimmende Erklärung des Ausschusses ab.

Bei den Erneuerungswahlen wurden zum Ausschussrat mit Stimmenmehrheit die Mitglieder Kindermann, Mühlentöfer, Fetting und Fuhrmeister, für den Vorstand der Vorsitzende Trautwein einstimmig gewählt.

Sobald gab der Vorsitzende Trautwein einen Lebensbericht über die Bestimmungen des neuen Gemeinnützigkeitsgesetzes, das die Baugenossenschaften zu einschneidenden Veränderungen der Satzungen zwingt, durch das auch fast ihre selbstverwaltende Tätigkeit fast eingetauscht würde. Nach dem Bericht sei die Erhöhung des Geschäftsanteils von 200 auf 300 RM notwendig geworden. Da in dieser die Herausgabe von Normalkapital durch den Hauptverband Zerstörer Baugenossenschaften zu ermarke sei und mit ihrer Annahme alle weiteren Änderungen überflüssig würden, so wurde vom Vorstand der für heute gestellte Antrag auf Satzungsänderung zurückgezogen.

Das Ausschussratsmitglied Wolf berichtete über die Teilnahme an der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Baugenossenschaften in Jena, der Vorsitzende des Reichsverbandes über das Verhältnis der Baugenossenschaft zum „Ring der Baumärkte“ mit der ihm angebotenen Baumärktegemeinschaft Halberstadt. Die in letzter Zeit gegen den Baumärkte gerichtete Angriffe seien in der Hauptsache vollkommen unbegründet; richtig sei, daß die Organisationsverhältnisse der Baugenossenschaft eine Umstellung auf eine starke Organisation als Aktiengesellschaft sei eingeleitet, sie werde in Kürze durchgeführt werden.

Nach Beantwortung vielfacher Anfragen wurde die Verammlung um 12.30 Uhr geschlossen.

Partei-Genossinnen und -Genossen, werbt für Euer Blatt!

Die Besprechungen von Chequers.



Das Schloß in Chequers.

Der Landtag des jeweiligen englischen Ministerpräsidenten, steht in dieser Woche im Mittelpunkt des politischen Interesses. Der Reichstags-Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius werden dort das Wochenende mit dem englischen Premier MacDonald und dem Außenminister Henderson verbringen, um in persönlicher Führungnahme die europäischen Konfliktpunkte zu besprechen.

Die Arbeiter-Wohlfahrt mahnt.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt

befähigt sich auf seiner Reichstagung am 14. Mai 1931 in Probitzella eingehend mit den Gefahren des Abbaus der Wohlfahrts-Verhältnisse in den Gemeinden und des Abbaus der sozialpolitischen Gesetzgebung und nahm einstimmig folgende Entschlüsse zu:

1. Angeichts der katastrophalen finanziellen Lage der Gemeinden, die unter der Last der Wohlfahrtsverpflichtungen bei dem außerordentlichen Rückgang an Steuereinnahmen zu erliegen drohen, werden Reichstag, Reichsregierung und Länder aufgefordert, die Unterhaltung der Wohlfahrtsverpflichtungen auf das Reich und die Länder zu übernehmen.

2. Bis zu dieser gesetzlichen Regelung muß der gemeindliche Anteil an Steuereinnahmen mit absondlicher Wirkung in folgender Weise erhöht werden, daß der Zusammenbruch der gemeindlichen Selbstverwaltung unter den Wohlfahrtsverpflichtungen verhindert wird.

Bei der Berechnung breiter Massen der Bevölkerung durch lange Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit ist eine weitere Einschränkung der Finanzmittel, vor allem des vorliegenden Jugendzuschusses, der Heil- und Erholungsanstalten, der Kindererziehung, der Fürsorge für arbeitslose Jugendliche und der vorwiegenden Gesundheitsfürsorge nicht erträglich. Ein Abbau von sozialen Berufstätigkeiten würde das soziale, spärliche Vermögen der öffentlichen Mittel gefährden.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt erhebt deshalb die Forderung, daß die Leistungen der Wohlfahrtsfürsorge, vor allem der vorwiegenden Jugendfürsorge und Gesundheitsfürsorge erhalten und in keiner Weise eingeschränkt werden, weil sonst eine schwere Belastung anderer Vorkosten durch Krankheit und Invalidität droht und eine Schädigung der bedürftigen Bevölkerungsschichten unvermeidlich wäre.

3. Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt hat sich die Wohlfahrt der Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt und ist seit 12 Jahren in der Wirklichkeit in der höchsten Wohlfahrtslage wie in anderer Hinsicht für dieses Ziel tätig. Er sieht diese Aufgabe nun als schwerer gebärdet durch die von den verschiedenen Seiten propagierten Abbaubestrebungen der sozialpolitischen Gesetzgebung und würde jedes Entgegenkommen der Reichsregierung bezüglich der Beschränkung des Kredites oder der Leistungen der Arbeitslosen- und sonstigen Sozialversicherung für einen verhängnisvollen Fehler halten. — Die Herausnahme ganzer Kreise von Arbeitnehmern aus der Sozial- oder Arbeitslosenversicherung würde in die Schicksale eine große Unbilligkeit bringen, ebenso wie die Herabsetzung der Leistungen eine Massenverelendung und dadurch eine neue Belastung der Gemeinden zu Folge haben würde.

4. Aus diesen Gründen protestiert bis am 14. und 15. Mai 1931 in Probitzella stattfindende Reichstagung der Arbeiterwohlfahrt im Interesse der gesamten Wohlfahrtsfürsorge aufs entschiedenste gegen jeden sozialpolitischen Abbau.

Aus aller Welt

Gefängnisse barmherziger als Freiheit.

Die Schwangere bittet um Haft.

Aus Wien wird berichtet: So arg wie die Maria Bernhardt wurde ein Menschenkind selten vom Leben zerrissen. Eine Ehefrau machte über ihre Sinnheit. Schlechte Behandlung zu Hause, das erstmal durchgebrannt mit 15 Jahren, die erste Diebstahlsstrafe mit 18 und von da an bis heute — sie ist jetzt 32 Jahre alt — neunzehn Strafen. Dann kommt der Mann, und das schiedliche Leben, die schlechte Behandlung finden ihre Fortsetzung; er fängt, lebt von ihren Diebstählen, flüchtet ihr seinen Unterhaltbeitrag in Prügeln ab und verkommt schließlich.

Jetzt hatte die Schwangere einen Rainingen gestohlen und stand wieder vor den Wiener Schöffengericht. Das Gericht verurteilte sie wegen Rückfallbittels zu drei Monaten Gefängnis. Und nun kam es zu dem folgenden Dialog:

Schöffengericht: Nehmen Sie die Strafe an? — Angeklagte: Ich danke für die milde Strafe und nehme sie an. — Schöffengericht: Sie werden jetzt entlassen. Lassen Sie sich nach Ihrer Entbindung aber nicht erst wieder durch die Gendarmerei fügen, sondern kommen Sie freiwillig zum Strafamt. — Angeklagte (weinend): Bitte lassen Sie mich gleich hier. Was soll ich denn jetzt drauhen anfangen? Ich kann in meinem Zustand doch keine Arbeit finden, bitte, lassen Sie mich doch da! — Verurteilte aber: Das ist eine schwere Sache. Es ist eine zwingende Vorschrift, daß Schwangere zum Strafamt nicht zugelassen werden dürfen. Es gibt nur einen einzigen Ausweg. Diese Bestimmung findet auf die Untersuchungshaft keine Anwendung. Der Herr Staatsanwalt möchte die Fortdauer der Untersuchungshaft wegen Minderjährigkeit beantragen, dann dürfen wir Sie hierherlassen. Es ist wirklich besser für Sie, wenn Sie vorerst noch bei uns bleiben. Wenn das Kind dann geboren ist, haben Sie wenigstens die Strafe schon hinter sich.

Der Staatsanwalt stellt den Antrag auf Verhängung der Untersuchungshaft und die Angeklagte wird glücklich in ihre Zelle zurückgeführt, die ihr mitder erscheint als die Freiheit.

Brückeneinsturz.

12 Tote, 40 Verletzte.

Am Mittwoch vormittag ist bei Vibourne in der Nähe von Bordeaux eine neue Hängebrücke über den Gesteinsfluß bei einer offiziellen Besuchsprobe zusammengebrochen. Während schon mit Sand beladene Lastkraftwagen die Brücke passierten, hörte man plötzlich ein verdrängtes Krachen. Im nächsten Augenblick war das Unglück geschehen: sämtliche Personen und Wagen, die sich auf der Brücke befanden, stürzten in den Fluß. Die Zahl der Toten beläuft sich bis jetzt auf 12, die Zahl der Schwerverletzten auf 19. Eine Untersuchung ist eingeleitet; scheinbar ist die Katastrophe auf den Bruch eines Tragbalkens zurückzuführen.

Dulgarien im Gewittersturm. Westdulgarien wurde von schweren Gewitterstürmen heimgesucht. Weite Strecken Landes sind überflutet. Etwa zehn Personen und zahlreiche Vieh kamen in den Flammen um. Der angerichtete Material Schaden ist ungeheuerlich.

Fallbootunglück. Auf der Har bei Jering wurde ein Fallboot in die Strömung eines Wehrkanals abgetrieben. Das Boot kenterte. Seine drei Insassen sind ertrunken. Der Währinger Rattaruberer Helmut Krebs aus Braunshausen ist im Großen Belt (Dänemark) gesunken und ertrunken. Die Leiche wurde nicht gefunden. Sein Kamerad wurde von Fischern gerettet.

„Sport!“ Ein 60jähriger Hamburger Beamter fiel in 23 Tagen von Hamburg nach Friedrichsberg. Er zählte dabei seine Schritte. Er brauchte für die 808 Kilometer lange Strecke 1.081.400.

Familientragödie. In Götting erlösch der Generalagent der Reichsburger Feuerversicherung, Werner Wehling, seine Frau und sein 10jähriges Kind und nahm sich nach der Tat das Leben. Wehling handelte in einem Anfall von Verzweiflung, da er durch den Zusammenbruch der Deutschen Automobilversicherung in Stuttgart schwere finanzielle Verluste erlitten hatte.

Freitod vor dem Prozeß. Am Mittwoch sollte vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Rieder der auf mindestens sechs Wochen berechnete Prozeß gegen den Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Haarer, dem vorgeworfene Untreue, Unterschlagung, Betrug und Urkundenfälschung vorgeworfen werden, sowie auch das Verfahren gegen mehrere Mitangeklagte beginnen. Zu Beginn der Verhandlung stellte es sich aber heraus, daß der Hauptangeklagte nicht erschienen war. Der Verteidiger Dr. Haarer hatte noch am Abend vorher mit seinem Mandanten telefoniert. Man glaubte, daß er ins Ausland geflüchtet sei. Aber am Mittwoch abend wurde Dr. Haarer erloschen in einem Charlottenburger Hotel aufgefunden.

Wochenfrage abgemittelt. Das Stadtrichter Oberlandesgericht hat die Entscheidungssache von 300 Gütergeschädigten der großen Hamburger Hochwasserflut vom 20. Mai 1928 abgemittelt. Die Verurteilung hatte im Gegenzug hierzu die Mitverantwortung und Entschädigungspflicht des Hamburger Staates festgestellt.

Auch ihm ist heiß.



Der Eisbär klagt seinen Schmerz über die große Hitze. (Aus dem Reuters-Film „Diere sehen dich an“ von Paul Cippert.)

Ein wein-erliche Feuerweh. In dem an der Donau liegenden nordbairischen Dorfe R. w. o. s. e. l. o. brach dieser Tage ein Brand aus, der ein ebenso hitziges wie lauffestes Ende fand. Spätsende im Winter hatten die Strohscheiter des Dorfwirtes Wirtin in Brand gesetzt. Infolge starken Windes drohten die Flammen auf das Gehöft und das anliegende Gemeindegelände überzugreifen. Das Feuerorn gelte. Doch als die beiden Dorfschützen an der Brandstelle ankamen, stellte sich heraus, daß in der Nähe kein Wasser vorhanden war. Ratlos standen die biedereren Feuerwehrleute da und wußten sich nicht zu helfen. Schließlich kam ein heller Bauernburgle auf den gegelichten Einfall, daß die erheblichen Weinstämme des Wirtes zur Spelung der Spritzen zu verwenden, bis Wasser herangeholt sei. Befragt, warum unter nicht geringem Hohn wurden die größten Weinstämme des Wirtes aus dem Keller gerollt und nach wenigen Minuten ließen die beiden Pumpen das kühliche rote und weiße Wasser in diesen Strohhalm auf den roten Halm, der in knapper Viertelstunde, noch bevor der Wein alle war, „ertränkt“ wurde. Ratloslich hatten die Bauern bei allem Eifer auch nicht vergessen, den eigenen inneren „Brand“ zu löschen und sich erhöhte Courage anzutrainieren. Nun, nach abgeschlossener Weharbeit forderte der Wirt, froh darüber, sein schwer bedrohtes Gemeines Haus gerettet zu haben, auch von sich aus die wackeren Feuerwehrleute und anderen herbeigelaufenen Bauern auf, sich an dem stehenden Wein gütlich zu tun. Und wie der Drischtrumpf meinet, half das Dorf bis zum frühen Morgen von den lauffesten Gefängnis der feindlichen Feuerweh, wieder.

Gefängnis am „R. 13.“ Ein in den Annalen der Aufsicht einzig dastehender Fall beschäftigt jurist. das Zivilgericht der Stadt R. o.

Dez in Südranreich. Eine Witwe M. hat gegen das Besondere Ministerium einen Prozeß angehängt, mit dem sie bezeugt, auf gerichtlichem Wege feststellen zu lassen, daß ein im Zerkenshaus von Rodex internerter Soldat ihr Sohn ist. Um diesen unglücklichen Soldaten freisetzen sich nämlich nicht weniger als 15 Familien, da er selbst seinen Namen und seine Herkunft verweigert hat. Der Unterzante war im Krieg gefangen genommen worden und kehrte vollkommen geistesgezügelt Anfang 1918 mit einem Gefangenentransport nach Frankreich zurück. Da er keine Ausweispaapiere besaß, wurde er unter der „Nummer 13“ in die Internierung von Bron bei Lyon eingeliefert. Von dort kam er später in eine französische Anstalt von Clermont-Ferrand, während das Kriegsministerium sich bemühte, mit Hilfe seiner Photographie seine Identität festzustellen. Schließlich meldete sich eine Frau Banfettes aus Rodex, die in dem Unterzanten ihren im Jahre 1915 als verhafteten gemeldeten Sohn erkennen wollte, und der Soldat wurde unter dem prosopischen Namen Mangin in die Internierung von Rodex überführt. Es tauchten aber bald Zweifel an der Identität des Kranten auf und mit der Zeit erhoben 14 weitere Personen und Familien auf ihn Anspruch. Unter ihnen befindet sich die Mälerin Frau M. die am Hand von Jugendphotographien und mit Hilfe besonderer fotografischer Kenntnisse zu bemessen läßt, daß der Unterzante wirklich ihr Sohn ist. Bisier hat sich das Gericht über diesen schwierigen Fall noch nicht ausgesprochen.

Bürgerkrieg.

Von Pierre Boreat.

„Sie haben gar keine Papiere?“
„Nein.“
„Gar nichts? Das verzeihe ich nicht. Auch keine Verwandten?“
„Doch, in Kiem.“
„Und Ihre Eltern?“
„Ich weiß nicht, ob sie noch leben.“
„Haben Sie sich denn niemals um sie gekümmert?“
„Doch. Jein Jahre hindurch habe ich alle Her in Bewegung gesetzt, um Licht in das Dunkel zu bringen. Alles umsonst. Meine Briefe blieben unbesantwortet. Die amtlichen Antworten waren im falschen Briefkasten keine Aufführung.“
„Aber — Sie können doch nicht zwei Menschen, zwei erwachsene Menschen wie Ihre Eltern, einfach am Erdboden verschwinden. Nach dazu in unfern Jahrbüchern! Man muß doch wenigstens wissen, wohin sie verschwinden sind!“
„Ich glaube, daß die Katastrophe eines Bürgerkrieges nicht ganz erloschen ist — Nein, denn Sie haben ihn nicht im grobemollen, monatelang währenden Chaos durchlebt. — Eine Stadt: Kiem. Sie wird von einer Partei besetzt, von einer anderen besetzt. Beide Parteien sind in der Nacht. Mit allen Mitteln der Technik, der Kaufmannschaft und Straßenschlacht. Wie zur Zeit des politischen und materialistischen Abschlusses werden die Geschicke angefaßt. Ein Teilhaber der Hunderttausend! — Können Sie sich in das Leben in einer solchen Stadt einfinden?“

„Das schon. — Aber was hat das mit Ihren Eltern zu tun?“
„Mein Vater war Arzt in Kiem. Hatte ein Haus am größten Platz und eine Villa im Cottagequartier. Er hatte Freunde und hatte Feinde. Welcher Mensch hat nicht beide Sorten von Männen mitzuschleppen? Man erbeidet ihm seinen Ruf, man befestigt sich für seine Taten. Ob mit Recht oder Unrecht: das zu beurteilen, steht mir die Überlieferung über sein Schaffen, denn ich war damals noch zu jung.“

Als die beiden Parteien einander gegenüber standen, wird mein Vater zum Anführer ernannt. Die ersten Schritte gefest durch die Straßen. Schreie laufen die Mauern empor. Beiher Kälten auf das Wasser nieder, Frauen merken sich lammern über Männerkörper. Roteirte Augen treffen verängstigte Kinder. — Ein Tag. Zwei Tage. Die Straßen leeren sich. Bitternis und Haß graben sich in aller Herzen. Die Menschen flüchten sich, Fremdenflüchten werden zerrissen, denn jeder wählt eine Partei. Jeder hält die Hand am Revolver oder Knüttel, denn er sieht im anderen den Feind und Verräter. Man mißt und beobachtet einander, wie wilde Tiere einander im Käfig beobachtet und messen. Und mitten drin stand ich mit meinen Eltern.“

„Nach sechs Wochen kommt der blutige Tag. Ihn war eine Nacht der Explosionen, der Schreie Sterbender, des Entsetzens vorangehen. In den ersten Morgenstunden trahlen Schiffe aus allen Fenstern, allen Häusern. Von überall her pfeifen Kanonen überall hin. Leichen fallen auf Leichen. Freund und Feind untergehen einander nicht mehr. Die Menschen sind Betteln geworden, vom Wahnsinn des Mordens erfaßt. Man ringt, irrt, verlor, flücht und niemand kennt Ziel noch Preis. Nur der Augenblick diltiert, beherrschend, finstlerisch. Mut gegen alles Nachsichtgeben. — Ich durfte die Gasten. Unter Haus wurde ertränkt. Ich suchte in das Cottagequartier zu meinen Eltern zu gelangen. Umsonst. Die Mauer des Kampfes ist nirgends zu überfliegen, zu durchbrechen.“

„Und in haben Sie...“
„Gedulden Sie sich! — Ich sehe Nachts beide Häuser gerührt. Also fort! — In den Taschen etwas Schmutz, in der Briefschloche einige Banknoten. So laufe ich zum Hain; nur fort! Sprünge aus leichter auf die Verbindungsbrücke, auf den Dampfer, den flüchtenden letzten Dampfer. — Es war dumm von mir, doch das begreife ich leider erst heute. Damals überdachte und überließ ich nicht die Situation, und niemand hätte an meine Eltern anders gehandelt. Wäre ich nicht geflohen, mir hätte die Gegenpartei kaum etwas angetan.“

„Welche Partei war das?“
„Das spielt keine Rolle. Beide waren bis zum Wahnsinn aufgeregtheit, blind und trunken in sinnloser Wut. Durch meine Aucht wurde ich zum Feinde gestempelt. — Seit damals habe ich meine Eltern nicht mehr gesehen. Meine Verwandten sind zum Teil wieder in die Stadt zurückgekehrt, doch von meinen Eltern fanden sie keine Spur. Ob sie leben? Beurlaubt wurden? Verhaftet? Erloschen? Erschlagen? Geflüchtet? Ich unter lassem Namen leben, um sich verbergen zu können? Wo? — Ich weiß es nicht. Jede Nacht liegen diese Fragen vor mir auf, dumpfgeräusch. Seit Jahren. Nacht für Nacht. Jereen an meinen Hirn, zerreiben mein Inneres. Und ob wiederum sie wissen, daß ich lebe? Und mo?“

„Sie Kermler!“
„Ich danke Ihnen für Ihr Mitleid, doch kommt es viel zu spät. Es dürfte auch nicht ganz rein sein. Denn wohl mögen Sie augenblicklich über die Folgen eines Bürgerkrieges entsetzt sein. Wie oft haben Sie schon einen Bürgerkrieg am Bettlich für diese oder jene Partei — mich interessiert Ihre politische Einstellung nicht — erlangen? Mit ihm in Gedanken befaßt? Wie oft haben Sie diesen hürschbarsten aller Katastrophen ein einflussreiches immer noch verdrängtes Feuerzeug angezündet? Und Sie haben mit Begehren beim Morgenfrost mit Weisgebäd und Marmelade womöglich die Bürgerkriegsbedrohung in Deutlichkeit umgelegt und präsentiert, zur Kenntnis genommen und verbaut. Sicherlich niemals mit reagierendem Mitleidbegehren.“

„Erlauben Sie mir...“
„Erlauben Sie mir...“
„Erlauben Sie mir, mein Herr! Doch noch einmal: Wenn Sie mich einmal über den Bürgerkrieg am Bettlich oder im Büro nachspüren, dann denken Sie nach an einen Mann aus Kiem, der ohne Papiere, nicht einmal weiß, ob seine Eltern wie rühmliche Hunde bei einer Strafenjagd erschlagen wurden. Nicht einmal das! — Leben Sie wohl!“

Bücher und Schriften

Ein Daumier-Buch hat sich die Buchhandlung Gutenberg Berlin herausgebracht. Das Buch, das die Buchhandlung Gutenberg herausbringt, ist ein Buch, das die Buchhandlung Gutenberg herausbringt...

Gewerkschaftliches

Lehrerbildner in Augsburg. In der Baumwollspinnerei am Stadtbach, die gegenwärtig noch mit einer Beschäftigung von rund 1700 Mann arbeitet, ist infolge von Lohnhöhen 600 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten.

Wirtschaft und Handel

Berliner Getreidebörse vom 3. Juni.

Table with 2 columns: 2. Juni and 3. Juni. Rows include Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc. with prices in Mark and Schilling.

Arbeiter-Sport

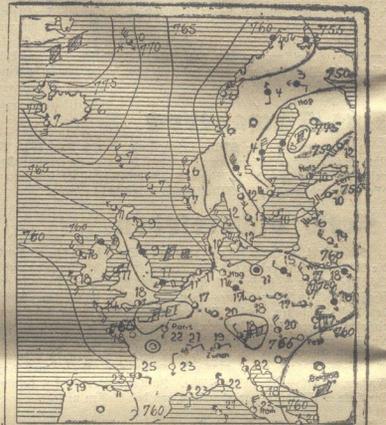
Reichs-Arbeiter-Sport-Woche

Am nächsten Sonntag beginnt in Halberstadt die Reichs-Arbeiter-Sport-Woche. Die organisatorischen Maßnahmen sind fast beendet. Am Sonntag, den 10. Juni, findet die Eröffnung der Spiele statt.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A. J.). Unterbeirat Halberstadt-Bernburg. Die S. A. J.-Ortsgruppe hat am 20. und 21. Juni ein Treffen in Bernburg abgehalten.

Amliche Wetternachrichten



ERLEUTERUNG: C = Wolken, h = Höhe, N = Nebel, R = Regen, S = Schneefall, W = Wind, etc.

Aus dem andern Lager

Warum Segelflug. In der Woche vom 7. bis 13. Juni 1931 hält der Deutsche Luftfahrtverband e. V. Deutschlands älteste und größte Flugtagung ab.

Geschäftliches

Arbeitsgemeinschaft „Hart“ der Kinderfreunde. Die Hart-Gruppe hat am 20. und 21. Juni ein Treffen in Bernburg abgehalten.

Geschäftliches

Der Jauer er löhnen Frau. Wie leicht hat es doch eine Frau zu bekommen... vor allem durch den neuen Tarif des Jauer...

Arbeiter, Angestellte u. Beamte

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

Vorausichtliche Witterung bis 5. Juni, abends:

Am Mittwoch war es fast den ganzen Tag trübe. Am Donnerstag hat es aber erst in den Abendstunden, wobei die Temperatur, die nur 17 Grad betrug, noch weiter sinkende, ihr höchstes Glanz...

Der Philosoph des Unbewußten.

Edvard v. Hartmann. Der große deutsche Philosoph, starb vor 25 Jahren in Berlin-Großlichterfeld. Sein Lebenswerk ist die Philosophie des „Unbewußten“, eine Synthese aus Hegels „Geist“ und Spencers „Wissenschaften“.

Humor.

Leberreibung, „Bratunke!“ Was hört man von Ihnen? Sie haben einen Erbsenfeld in Hannover, der reiche Riesgruben besitzt. — „Riesgruben? Lebertrieben!... Gallenleibe hat er.“

Was ihm einen verdächtigsten Blick und die dumme Frage eintrug.

„Was ist hier eine Maschine?“ Er brauchte schon darauf, mit seiner Frau zu sprechen. Lena hatte den ganzen Tag ein unruhiges Gesicht mit sich herumgetragen...

„Was hast du jetzt?“

„Was hast du jetzt?“ Und wie das dort aussieht! Jedes Bürofräulein hat ein Zimmer wie ein Generalszimmer. Jedes Fräulein immer hat ein Bureau. Du, du mußt einmal hinfommen, dir das ansehen. Hoyt mich einmal ab.“

„Rein, nein“, sagte sie mit püpplichem Schreden.

„Rein, nein“, sagte sie mit püpplichem Schreden, das möchte ich nicht. Das heißt so — tomisch aus.“

„Wie so tomisch?“

„Wie so tomisch?“ Du bist wirklich ein Dummkopf. Kommt einfach hin, fragst nach mir und host.“

Er schufte. Daß Contard seine mühsame Arbeit einfach in den Regierstübchen beständig hatte, verdingt er. Wer er war so voll Bemüderung für Contard, daß er wenigstens die Hälfte der Wohlthat eingestanden.

„Ein Reiz ist das, du, so etwas hat die Welt noch nicht gesehen. Ich war dabei, wie er einen Betrag aus dem Handgeleit diktiert hat. Ohne auch nur die Akten anzusehen. Einfach herausgeprübelt. Und da sah jedes Wort, drei Rechtsanwältinnen hätten das nicht zusammengebracht. Dabei gehts um Millionen bei der Sache. Es ist schon was Rollenfalls an dem Manne.“

Er wurde ganz warm und konnte sich nicht genug von Contard erzählen. Unbewußt übertrieb er noch seine Eindrücke. Als sie abends im Bett lagen, kam er immer wieder auf den Bankier zurück. Sie trüpfte das Bild aus. Er sagte im Finstern:

„Weißt du, eines möchte ich ja doch gern wissen. Wer mich eigentlich Contard empfohlen hat.“

„Es antwortete nicht. Auf der Junge lag es ihr, etwas zu sagen. Was würde Hugo dann antworten? Müßte er nicht glatt erklären: „Ich merke den Reiz seinen Kram vor die frühe und geze mich sehr hin.“

Aber wäre er dann nicht todunglücklich? Innerlich würde er vielleicht ihr Wortwille machen, daß sie kein Glück, keine „große Chance“ jemals hätte. Und er müßte das doch sagen. Und wenn er es nicht sagen würde? Daor hätte sie noch mehr Angst, daß er sie enttäuschen könnte. Argendwie würde sie Schuldverpflichtungen, ohne daß sie den Grund wußte. Im dunkeln Schlafzimmer war es tollentfesselt. Hugo küßte, wie eine kleine, weiche Hand an ihn herantastete wie ein lebendiges, warmes Tier und sein Gesicht leuchtete. Der kleine Kopf seiner Frau mit dem unklarbar weichen Haar rittte näher an seine Schulter. Und ihre eigentümlich gewöhnliche Stimme, mit dem Klang ganz feiner Borgellans, das einen wirklich fremden Sprung hat, sagte halbsacht:

„Ich hab dich doch so lieb.“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangobahn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich feiertags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von mittigen Tagen und Agenturen entgegengenommen. Redaktionen: Halberstadt, Sonntag 48, Fernruf 2214. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. V. Verantw. für Inhalt u. Wirklichkeit: Kurt Wollenbüßer, für den toten Teil: E. v. M. Wollenbüßer, für Redaktionen: Interate Carl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restanzzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abendsend in der bei Zustellung vorliegende letzte Spalte. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2213), Postfach 1070 Magdeburg 4826 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 7.

Nr. 127

Donnerstag, den 4. Juni 1931

6. Jahrgang

Einig und geschlossen!

Mißbilligung der neun Disziplinbrecher mit allen gegen 16 Stimmen. — Die Reichstagsabgeordneten stimmen nicht mit. — Für die Zukunft Fraktionszwang beschlossen mit 324 gegen 62 Stimmen.

Leipzig, 3. Juni. (Eig. Drohth.)

Der Reichstag beriet am Mittwoch nach den Schlussworten Reichspräsident und Solmanns die große politische Aussprache mit der Annahme einer Mißbilligungserklärung gegen die neun Disziplinbrecher der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und einer Billigung der Fraktionspolitik. Die Debatte wurde trotz aller Schärfe bis auf Entgleisungen des Breslauer Delegierten Cäflein, der unqualifizierte Angriffe gegen den verdienstvollen preussischen Innenminister richtete, sachlich geführt. Die Hoffnungen weiter bürgerlicher Kreise, die von diesem Reichstag einen Fortschritt der Sozialdemokratie zum Parlamentarismus erwarteten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Die stillen Forscher Hugenbergs und Hillers haben Leipzig bereits am Mittwoch enttäuscht verlassen. Die Sozialdemokratie selbst, was sie ist: die große, geschlossene deutsche Arbeiterpartei, die Hüterin der Republik und der Demokratie!

In der weiteren Aussprache zur Parteistatistik nimmt das Wort Käthe Kern-Berlin:

Die Frauen, die früher unter dem Schloß der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur litten, sind von den kapitalistischen Schranken gelöst worden, sind von den proletarischen Mittelstandsklassen. Sie glauben, daß es ein Zurück in die sogenannte gute alte Zeit gibt und erkennen nicht, daß sie nur in den Reihen der Sozialdemokratie erfolgreich für eine bessere Zukunft kämpfen können. Es ist fast unbegreiflich, daß nach den Entschieden des Weltkriegs auch die Frauen neuer Kriegsmilitarist Gehör suchen. Der Reichstag muß einen Appell an alle Frauen Deutschlands richten, mit uns zu kämpfen, für Frieden, Freiheit und Gleichheit. (Beifall)

Cäflein-Breslau:

Der Nationalsozialismus war ein Antritt des deutschen Schwerkapitals gegen das Proletariat, die Regierung Brüning ist das andere Antritt. Die Regierung Brüning hat genau dieselben Ziele wie der Faschismus und hat sie weitgehend erreicht. Sie regiert überhaupt noch parlamentarisch-demokratisch-legal, aber der materielle Inhalt ihrer Politik ist Faschismus.

Zu Zweidrittel oder Dreiviertel ist Brüning längst faschist. Nur deshalb hat Brüning den Reichstag nicht nach Hause geschickt und die Verfassung auch formell gebrochen, weil das Parlament sich selbst entmannt, selbst die Geschäfte des Faschismus besorgt hat. Der Reichstag hat sich auf so lange Zeit ausgeschaltet, wie niemals auch in feinsten Zeiten (große Unruhe).

Preußen hat der Herr der Demokratie sein?

Aber aus dem preussischen Ministerium des Innern kommen lauter reaktionäre und antisoziale Erlosse. In Preußen ist an die Stelle der Demokratie der Sparminister des preussischen Innenministers getreten, und auch er verordnet, was das Schwerkapital will (Große, anhaltende Unruhe). Am hundertsten Todestag des Freiherrn von Stein wird unter einem sozialdemokratischen Innenminister in Preußen von Wert Steins nichts mehr übrig sein. (Beifall auf der Tribüne, Applaus von den Delegierten.) Wir haben Brüning angeblich toleriert, um die preussische Koalition zu retten, aber wenn nach den Preussenerlösen die preussische Koalition nicht mehr besteht? (Zuruf: Sie fragen für die Widerlage!) Breslau: Die Stadt der höchsten Arbeitslosigkeit ist auch die deutsche Großstadt mit der feinsten kommunikativen Partei (Preis: Scheid: Ihr seid Selbstverfolger!) Ich habe von meinen Wählern den Auftrag, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen und diese Aufgabe erfüllt ich hier. (Beifall)

Wolff Lipinski: Selbstverständlich wird auf dem Reichstag keine Delegierten das Wort entzogen, aber ich appelliere an den Willen des Genossen Cäflein, nicht weiter in dieser Weise den Genossen Seering anzugreifen, da er sich ja hier nicht entsprechend verhalten kann.

Cäflein-Breslau, fortsetzend: Ich denke nicht daran, Seering persönlich anzugreifen. Mein Angriff gilt der Politik der Reichstagsfraktion. Wenn Solmann gesagt hat, der Faschismus soll dem Schwerkapital dazu dienen, die Ansprüche der Arbeiter zurückzuweisen, dann hat in dieser Richtung Brüning soviel für das Schwerkapital getan, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Aber was soll werden, wenn Brüning fürzt? Nach dem Sturz der Regierung Brüning kommt eine Regierung Brüning. Dann werden die deutschen Schwerindustrieunternehmen durch deutschen Währungsaußensich aber einen schließlichen Interessen weiter vertreten lassen. (Unruhe, Zuruf: Das bestimmt Du.) Aber wir werden die Hände freilassen. Der demokratische Kampfboden ist uns bereits von den anderen entzogen worden. Er existiert nicht mehr. Es gilt, alle Streit in einer revolutionär entschlossenen Kampfbereitschaft, in einer regenerierten Sozialdemokratie zu sammeln. (Unruhe und Applaus.) Beifall auf der Tribüne und einem Teil der Delegierten.

Reichstagsabgeordneter Lipinski: Ich stelle fest, daß von den Besuchern der Galerie verurteilt wird, auf den Reichstag einzutreten. Es sind auch jetzt herübergekommen worden, daß Schluß der Debatte sein möge. (Hört, hört.) Eine solche Einwirkung ist unzulässig.

Herr:

Die Rede Cäfleins enthält ungeheure agitatorische Ueberreibungen, wie ich sie auf einem Reichstag der deutschen Sozialdemokratie bisher nicht für möglich gehalten habe. (Stürmische Zustimmung.) Wenn von Demokratie und Parlamentarismus nichts mehr übrig gelassen ist, als der Artikel 48, wie will dann Cäflein es rechtfertigen, daß die einzige positive Forderung seiner Freunde das Verlangen nach Einberufung des Reichstags ist. (Sehr gut!) Wenn Aufhäuser laßt: Es handelte sich nicht um die Frage der Tolerierung, sondern darum, wie am besten die soziale Sicherung der Arbeiter zu erreichen ist, so ist das auch die Aufstellung der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Aber die Frage, was sozial für die Arbeiter geschehen kann, wird vom Stand der öffentlichen Finanzen entscheidend beeinflusst. (Sehr wahr.) Die sozialen Ausgaben sind in Deutschland von 1300 Millionen auf jetzt 8000 Mill. gestiegen. Es gibt niemanden in der Mehrheit der Reichstagsfraktion, der von dem Ergebnis unserer Arbeit befriedigt ist; aber Tatsache ist doch, daß, seit der Faschismus in Deutschland eine große politische Macht geworden ist, der Kapitalismus härter und brutaler geworden ist, als irgendwann vorher. Wenn das schon der Fall ist, trotzdem wir dem Faschismus den Weg zur Macht verweigert haben, wie würde die Lage der deutschen Arbeiterklasse sein, wenn der Faschismus in den vollkommnen Besitz der politischen Macht gelangt würde! (Beifall) (Stürmische Zustimmung.) Darum ist heute unsere Aufgabe: Abwehr des Faschismus und Schutz der großen sozialen Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die von niemandem vertreten werden, als von der Sozialdemokratie. (Beifall)

Kirchner-Mainz:

Es muß Aufgabe des Reichstages sein, auch zu der trostlosen Lage der Gemeindefinanzen Stellung zu nehmen. Die Sozialpolitik der Regierung Brüning bedeutet eine Ausweitung des deutschen Volkes. Dieser Politik hätte die Fraktion energischer Widerstand leisten müssen. Auch die Vorgehensaktion der Regierung hatte ein klägliches Mißgeschick gehabt. Ich bin der Meinung, daß der Reichstag sehr deutlich von dem Genossen Baade abtreten muß. In der Panzerkreuzerperiode gilt nicht die Haltung der Reue. Die Reue muß gegen die Reue sein. (Beifall)

haben wir in Thüringen erlebt. Unsere Presse wird dort verboten auch ohne Anzeigenerlaubnis. Die Fürstengüter der Gemeinden wurden um ein Viertel herabgesetzt. Die Kinderheimstätten wurden am meisten durch Steuern belastet. Vorausgesetzt für den Kampf gegen den Faschismus ist, daß die Parteigenossen einig nach außen zusammenfassen. Wer diese Einigkeit fördert, arbeitet für den Faschismus, deshalb muß der Reichstag die Entlassung Hamburg annehmen. (Beifall)

Fortune-Frankfurt a. M.:

Wir Reue fühlen uns nicht als Angelegte, auch nicht moralisch, sondern sind überzeugt, daß unsere Handlung den Grundrissen der Arbeiterbewegung entsprechen hat. Die Massen wissen besser, was ihnen frommt als die Akademiker. Wenn wir in der Sozialdemokratischen Partei die Demokratie hätten...

Vorj. Wels: Ich kann nicht behaupten, daß ein Parteidelegierter seine Rede dazu mißbraucht, die unumkehrbare Behauptung aufzustellen, daß in der Partei keine Demokratie bestünde; das Gegenteil beweist dieser Reichstag selbst. Ein Blick in die Parteipresse vor dem Reichstag kann jedem Parteigenossen zeigen, wie weit die Demokratie in der Partei geht. Ich muß in der Beurteilung Fortunes etwas ganz anderes erfinden als die Absicht, Interessen und Einigkeit der Partei zu fördern. (Beifall)

Fortune, fortsetzend: Die Bahnen zum Reichstag haben bewiesen, daß große Arbeitermassen denken wie die Reue. Die Grundfrage der Arbeiter ist ihre materielle Lage. Wenn die SPD bei den nächsten Wahlen einen Zufrieden bekommt... (Zuruf: dann trägt ihr die Schuld!) — dann fürchte ich, wird auch das Gefüge der Gewerkschaften in Frage gestellt.

Röhle-Frankfurt a. M.:

Die Bemerkungen Fortunes über Akademiker und Masse treffen nicht zu. Die ausgeprochenen Führer der Opposition in Frankfurt, die keinen Erfolg der Partei anerkennen und jede Leistung verfeinern, sind nur Akademiker. Die Haltung der Disziplinbrecher hat die Arbeiterklasse schwer geschädigt. Der Reichstag muß klipp und klar aussprechen, daß jeder der Partei sich untergeordnet hat. Die Arbeiterklasse ist ihr Kampfgefährte, wenn auch die Führer der Demokratie untergeordnet. (Beifall) (Stürmische Zustimmung.) Wir können uns im preussischen Landtag nicht dem Ausgang erlauben, den sich die neun im Reichstag gefallt haben. Häcker mir es getan, wären Braun, Seering und Grimme längst erledigt. Wir werden im nächsten preussischen Wahlkampf alle Kräfte der Arbeiterklasse dafür einsetzen, uns den Preußen-Einfluss zu erhalten und nicht zum Zufrieden der Reaktion werden zu lassen. (Stürmischer Beifall.) Ist es denn noch nicht nach Breslau gedrungen, daß wir ohne Preußen tatsächlich längt den Boden der Verfassung verlieren hätten? Heute aber besteht dieser Boden noch und trägt uns und

Reichsregierung.

die auch noch aus der Versicherung bereits ausgesteuert mit einer Verschärfung der Untersuchungsbedingungen bedroht. Nach wie vor muß vielmehr die Bereinigung der Kreditverhältnisse und der gemeinlichen Erwerbslosen-Wohlfahrtschritte zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfrage dringend gefördert werden.

Die Sozialdemokratie hat sich stets bereit erklärt, an der Sanierung der gesamten öffentlichen Finanzen mitzuwirken, es sind aber nicht unüberwindliche materielle Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, sondern politische Widerstände der Reaktion, die die Krise mißbrauchen will zur Rückwärtsentwicklung der nachkriegsrechtlichen sozialen Erwerbslosen. Schon bedroht der kommende Winter Millionen den Opfer der Wirtschaftskrise mit steigender Not und wachsender Verelendung, ein weiterer Abbau der Versorgung müßte sie an die Grenze der Verzweiflung treiben. Die Sozialdemokratische Partei will in

ihre künftigen Haltung zur Reichsregierung

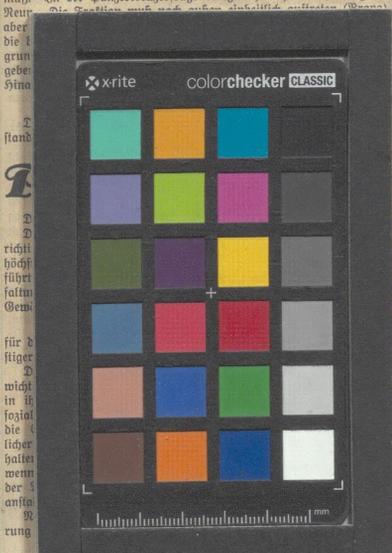
sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigen Arbeiterinteressen zu sichern.

Nationalsozialismus und Faschismus

gefährden aufs härteste die nach der Revolution unter dem Einfluß der Sozialdemokratie geschaffene politische Gleichberechtigung der Frauen.

Die Sozialdemokratie bekämpft entschieden die frauenrechtserfüllenden Tendenzen des Faschismus. Sie bekämpft sich nach wie vor zu dem alten sozialdemokratischen Grundsatze, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch den gemeinsamen Klassenkampf von Mann und Frau erreicht werden kann.

An Ablehnung der Tendenz des Faschismus, der die Menschheit einem neuen Böllermorden entgegentreibt, ruft die Sozialdemokratie die Frauen als Spenderinnen und Hüterinnen neuen Lebens an, sich in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Faschismus und Kriegshege einzureihen.



entchiedenen Widerstand der Sozialdemokratie. Ebenso wendet sich der Reichstag gegen eine Neuregelung.

auf Reichstagen, größte keine Minister...
über waren eben dabei, kein Erfolg auszuweisen, bei Schloß...
und in Geschäftsstellen von anderen Parteien entworfen, um sie aber...
eine Straftatmilde des Reichstages.